DIW Berlin
in den Medien

Gastbeiträge und Interviews 2025





Liebe Leser*innen,

das Jahr 2025 hat gezeigt, wie tiefgreifend die deutsche Wirtschaft in der Krise steckt. Der Bundestagswahlkampf entfachte zu Beginn des Jahres intensive Debatten darüber, wie die Weichen für die künftige Wirtschaftspolitik gestellt werden müssen. Doch trotz des angekündigten „Herbst der Reformen" kommt die Konjunktur bisher kaum vom Fleck und viele Menschen verlieren das Vertrauen in die Politik. Ob Rentensystem, Infrastruktur, Schulden, Industriepolitik, Migration oder Klimaschutz: Das DIW Berlin begleitet diese Herausforderungen mit evidenzbasierter Forschung und transportiert die Ergebnisse in die Öffentlichkeit, zum Beispiel in Gastkommentaren, Interviews und TV-Auftritten, von denen Sie hier eine Auswahl finden.

Ihr Marcel Fratzscher



Präsident des Deutschen Instituts
für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Themen

Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Europa

9 **Für einen neuen Generationenvertrag**
Kolumne von Marcel Fratzscher bei Die Zeit

11 **So könnte ein zukunftsfähiger Kompromiss für die Schuldenbremse aussehen**
Gastbeitrag von Marcel Fratzscher bei Der Spiegel

14 **Deutschland braucht 400 000 Migranten – pro Jahr**
Kolumne von Sabine Zinn und Marcel Fratzscher bei Die Zeit

17 **Frauen sterben, weil wir wegsehen**
Kolumne von Anna Bindler und Marcel Fratzscher bei Die Zeit

20 **Sicherheit braucht Fakten – und Haltung**
Kommentar von Anna Bindler im DIW Wochenbericht

22 **Herumdoktern an Symptomen**
Gastbeitrag von Alexander S. Kritikos in der Frankfurter Rundschau

24 **Ein Zeichen gegen Big Tech**
Gastbeitrag von Tomaso Duso in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

26 **Wie sich Griechenland aus dem Schuldensumpf befreite**
Gastbeitrag von Alexander S. Kritikos in der Welt

28 **Echter Aufbruch**
Gastbeitrag von Tomaso Duso und Rupprecht Podszun im Handelsblatt

30 **„Berlin ist heute dreigeteilt“**
Interview mit Martin Gornig in der taz

31 **Der Mindestlohn sollte Wachstum fördern**
Gastbeitrag von Geraldine Dany-Knedlik und Marcel Fratzscher bei t-online.de

33 **Die Aufstiegsgesellschaft wohnt zur Miete**
Kolumne von Philipp M. Lersch und Marcel Fratzscher bei Die Zeit

35 **Eine Kita-Pflicht sollte kein Tabu mehr sein**
Kolumne von Jascha Dräger und Marcel Fratzscher bei Die Zeit

38 **Neue Grundsicherung: Schmaler Grat zwischen Fordern und Überfordern**
Kommentar von Jürgen Schupp im DIW Wochenbericht

40 **Auswirkungen für Austragungsorte Olympischer Spiele: „Ein Selbstläufer ist das nicht“**
TV-Interview mit Geraldine Dany-Knedlik im ZDF-Morgenmagazin

41 **Zeit für Europa, beim IWF umzudenken**
Gastbeitrag von Lukas Menkhoff in der Börsen-Zeitung

Donald Trump und die wirtschaftlichen Folgen

45 **US-Handelspolitik schwächt die Weltwährung Dollar**
Gastbeitrag von Lukas Menkhoff in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

47 **Kapitalmärkte bringen Trump zur Räson**
Gastbeitrag Kerstin Bernoth und Sara Dietz in der Börsen-Zeitung

49 **Trump stellt das Schweizer Geschäftsmodell auf die Probe**
Gastbeitrag von Guido Baldi bei Focus online

51 **Warum Zölle oft den Endverbraucher treffen**
Interview mit Sonali Chowdhry bei t-online.de

52 **US-Zollhammer und dessen Auswirkungen: „Eigentlich hat keiner was davon“**
TV-Interview mit Martin Gornig bei tagesschau24

Zukunft des Renten- und Steuersystems

55 **Der Boomer-Soli ist keine Zumutung, sondern gelebte Solidarität**
Kolumne von Stefan Bach und Marcel Fratzscher bei Die Zeit

58 **Rentenrefom: „Wir müssen nicht alles neu machen“**
TV-Interview mit Peter Haan im ARD-Morgenmagazin

59 **Rente: Panik und Realität**
Gastbeitrag von Peter Haan und Johannes Geyer in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

61 **Wie der „Boomer-Soli" die Rente retten könnte**
Interview mit Maximilian Blesch in der Mainpost

62 **Nur so lässt sich das Rentensystem stabilisieren**
Gastbeitrag von Hermann Buslei, Johannes Geyer und Peter Haan bei t-online.de

64 **„Die Reform des Ehegattensplittings ist überfällig"**
Interview mit Katharina Wrohlich in Die Zeit

65 **Alterseinkommen: „Menschen in Ostdeutschland sind stärker auf gesetzliche Rente angewiesen"**
TV-Interview mit Johannes Geyer beim RBB

Energiewende und Transformation der Industrie

68 **Warum der Industriestrompreis Deutschlands Zukunft verteuert**
Gastbeitrag von Claudia Kemfert bei Focus online

70 **Reduktion von Treibhausgasen: „Wir sind nicht völlig außerhalb des Plans"**
TV-Interview mit Claudia Kemfert bei Phoenix

71 **Eine Zukunft ohne Gas**
Gastbeitrag von Claudia Kemfert und Jan Rosenow beim Handelsblatt

73 **„Müssen uns umstellen, damit die energieintensive Industrie nicht abwandert"**
Interview mit Franziska Holz in der Welt

74 **„Es muss bezahlbar bleiben"**
Interview mit Stefan Bach in der Frankfurter Rundschau



Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Europa

Für einen neuen Generationenvertrag

Marcel Fratzscher

84 Prozent der Deutschen – darunter auch die große Mehrheit der Babyboomer – sind überzeugt, dass es künftigen Generationen schlechter gehen wird als uns heute. Dieses Ergebnis ist mehr als nur ein schlechter Stimmungswert. Es ist ein Alarmsignal, denn es bedeutet einen Bruch mit dem Generationenvertrag, der unsere Gesellschaft seit jeher getragen hat: dem Versprechen, dass es den eigenen Kindern und Enkelkindern einmal besser gehen soll als einem selbst. Genau dieses Versprechen steht heute auf der Kippe.

Die Zukunft Deutschlands, unseres Wohlstands, unseres sozialen Friedens und unserer Sicherheit hängt entscheidend davon ab, ob es uns gelingt, einen neuen, nachhaltigen Generationenvertrag zu schließen. Ohne ein tragfähiges Gleichgewicht zwischen Alt und Jung riskieren wir nicht nur einen ökonomischen Niedergang, sondern auch eine weitere gesellschaftliche Spaltung und politische Instabilität.

Sorgen und Lasten der jungen Generation

Die Generation der Babyboomer hat viel für unsere Demokratie, den materiellen Wohlstand und die politischen Freiheiten getan. Davon konnten Millionen Menschen sogar weltweit profitieren. Doch die Erfolge der Bundesrepublik sind bedroht. Die Zukunftsängste der jungen Generation heute richten sich vor allem auf die Zerstörung des Klimas, auf Naturkatastrophen, auf Kriegsgefahren und die Schwächung unserer Demokratie – alles globale Probleme. Hinzu kommen soziale Sorgen: die Angst vor Arbeitsplatzverlusten angesichts der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung und vor einem Kollaps der Sozialsysteme. Die Möglichkeiten junger Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, hängen sehr von ihrer sozialen Herkunft ab. Viele Kinder und Jugendliche sind von Armut bedroht.

Zudem kommen auf die junge Generation steigende Belastungen durch Beiträge zur Rente, Pflege und Gesundheit zu – gerade in einem Land mit stark alternder Bevölkerung wie Deutschland. Während es jungen Menschen kaum noch gelingt, zu sparen oder Wohneigentum zu erwerben, pochen viele Babyboomer auf frühen Renteneintritt und die Wahrung ihrer Besitzstände. Soziale Ungleichheiten nehmen zu, die Mittelschicht schrumpft, viele Menschen rutschen ab. Während ein Teil der Bevölkerung ihren materiellen Wohlstand ausbauen konnte, sehen sich andere mit schlechteren Bedingungen konfrontiert als ihre Eltern.

Das Finanzproblem Deutschlands verschärft die Lage: Die expliziten Staatsschulden betragen zwar »nur« gut 60 Prozent des BIP, doch die impliziten Verpflichtungen – Ansprüche auf Rente, Pflege und Gesundheit – belaufen sich auf ein Vielfaches. Über die nächsten 30 Jahre wird dadurch eine gigantische Umverteilung von Jung zu Alt stattfinden, die Investitionen in die Zukunft wie in Bildung, Infrastruktur oder Klimaschutz blockiert.

Und die altersspezifischen Zahlen zur Wahlbeteiligung verdeutlichen das Demokratiedefizit: Bei der Bundestagswahl 2025 waren 60 Prozent der Wählenden über 50 Jahre alt, aber nur 13 Prozent unter 30. 1990 lag dieses Verhältnis noch bei 43 zu 23 Prozent. Damit wiegen die Interessen der Älteren zunehmend viel stärker als die der Jüngeren – das gefährdet die Legitimität der Demokratie.

Zugleich wird der Klimaschutz verschleppt, geopolitische Konflikte nehmen zu und technologische Entwicklungen drohen, außer Kontrolle zu geraten. Die Folgen aus dieser Gemengelage sind dramatisch: Junge und künftige Generationen sehen ihre Chancen extrem schrumpfen. Der bestehende Generationenvertrag ist außer Kraft gesetzt.

Elemente eines neuen Generationenvertrags

Die fehlende Generationengerechtigkeit gehört zu dem größten Versagen der heutigen Gesellschaft. Doch es gibt Hoffnung – auf gemeinsame Werte und ein Umsteuern. Denn die Generationen sind sich über die Grundprinzipien eines guten Lebens bemerkenswert einig. Auch die Babyboomer wollen eine gute Zukunft für ihre Kinder und Enkel.

Auf dieser Grundlage lässt sich ein neuer Generationenvertrag aushandeln, der aber nicht die eine gegen die andere Generation ausspielen darf. Er sollte auf drei gemeinsamen Werten basieren: Autonomie, Universalismus und Humanismus.

Erstens: Autonomie bedeutet das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Dazu braucht es echte Chancengleichheit bei Bildung, Arbeit, Vorsorge und Sicherheit. Heute hängt der Bildungserfolg in Deutschland jedoch stark von der Herkunft ab – ein unhaltbarer Zustand. Massive Investitionen in Bildung, Infrastruktur und soziale Teilhabe sind notwendig. Auch die Wünsche der jungen Generation nach Flexibilität, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie sinnstiftender Arbeit müssen berücksichtigt werden.

Zweitens: Universalismus fordert die Gewährleistung eines intakten Planeten. Noch immer dominiert das Narrativ, dass wir uns Klimaschutz nicht »leisten« können. Doch das Gegenteil ist richtig: Wer jetzt nicht handelt, riskiert Deindustrialisierung und Arbeitsplatzverluste. Gerade in Deutschland hängt der Wohlstand der nächsten 20 Jahre entscheidend davon ab, dass die ökologische und technologische Transformation gelingt.

Drittens: Humanismus zielt auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und globale Verantwortung. Der Globale Norden darf nicht länger über seine Verhältnisse leben und den Süden als billige Werkbank betrachten. Nur durch fairen Wettbewerb, partnerschaftliche Zusammenarbeit und die Stärkung globaler Institutionen lassen sich Frieden und Ausgleich sichern.

Ein Appell für Mut und Zukunftsverantwortung

Basierend auf diesen drei Werten muss die Versöhnung zwischen den Generationen zu einer Priorität von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden.

Mit warmen Worten ist das nicht getan. Ohne grundlegendes Umsteuern läuft die Menschheit sehenden Auges in existenzielle Bedrohungen. Es braucht konkrete, verbindliche Vereinbarungen – also einen wirklich tragfähigen Generationenvertrag, der Rechte und Pflichten festschreibt. Er erfordert Verzicht und Bescheidenheit auf allen Seiten, aber auch Investitionen und Zukunftsmut. Vor allem aber bedeutet er, dass wir unsere Ressourcen, Chancen und Freiheiten so einsetzen, dass auch kommende Generationen ein Leben in Sicherheit, Wohlstand und Freiheit führen können.

Deutschlands beste Chance auf eine gute Zukunft liegt darin, mehr in junge und künftige Generationen zu investieren. Künftige Politikmaßnahmen müssen sich an den gemeinsamen Werten ausrichten – Autonomie, Universalismus und Humanismus. Nur so lassen sich Wohlstand, sozialer Friede und Sicherheit langfristig sichern.

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Kolumne bei **Die Zeit**, **5. September 2025**

Der Artikel ist **hier** zu finden.



So könnte ein zukunftsfähiger Kompromiss für die Schuldenbremse aussehen

Marcel Fratzscher

Kaum ein Thema polarisiert die Gesellschaft so sehr wie die Schuldenbremse, über die auch im Wahlkampf gestritten wird. Für die einen schützt sie vor einem übergriffigen und ineffizienten Staat, für die anderen lähmt sie Wirtschaft und Gesellschaft, da sie notwendige Investitionen verhindert.

Bei der Schuldenbremse bleibt die Frage der Generationengerechtigkeit oft ein blinder Fleck: Wie müsste eine Schuldenregel gestaltet sein, um auch künftige Generationen zu schützen? Eine generationengerechte Schuldenregel erfordert konkrete Reformen, die die nächste Bundesregierung mit höchster Priorität angehen muss.

Der Staat lebt seit 20 Jahren von der Substanz

Seit ihrer Aufnahme ins Grundgesetz 2009 wird die Schuldenbremse zunehmend kontrovers diskutiert. Sie begrenzt die Möglichkeiten eines Staates, Schulden zu machen, stärker als die europäischen Vorgaben. So muss der Bund die strukturelle Neuverschuldung auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) beschränken – das entspricht durchschnittlich etwa 14 Milliarden Euro jährlich. In wirtschaftlich schlechten Zeiten darf diese Grenze leicht überschritten werden, in guten Zeiten muss die Verschuldung jedoch geringer ausfallen. Noch strikter gilt die Regel für die Bundesländer: Sie dürfen keinerlei strukturelle Neuverschuldung aufnehmen. Zur Bewältigung unvorhersehbarer Krisen kann der Bundestag temporäre Ausnahmen beschließen. Das Bundesverfassungsgericht schränkte diese jedoch in einem Urteil im November 2023 stark ein.

Kritiker betrachten die Schuldenbremse als Selbstkasteiung, die notwendige Zukunftsinvestitionen blockiert und es erschwert, Krisen und Transformationen zu bewältigen. Da viele öffentliche Konsumausgaben kurzfristig kaum gekürzt werden können, bleibt in wirtschaftlich schwachen Zeiten oft nur die Option, öffentliche Investitionen zu reduzieren – mit teils verheerenden Folgen für die Daseinsvorsorge und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts. Die Instandhaltung von Schulen, Verkehrsinfrastruktur und öffentlichen Einrichtungen wird oft verschoben oder gestrichen, da dies kurzfristig einfacher erscheint, als beispielsweise die Gehälter im öffentlichen Dienst zu kürzen.

Infolgedessen lebt der deutsche Staat seit mehr als 20 Jahren von seiner Substanz: Die öffentlichen Nettoinvestitionen sind seit den Nullerjahren fast durchgängig negativ, der Wertverfall der Infrastruktur übersteigt die staatlichen Investitionen. Dadurch verschlechtert sich sowohl die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger als auch das Umfeld für Unternehmen.

Verfechter der Schuldenbremse argumentieren, der Staat dürfe nicht ständig mehr von der Wirtschaftsleistung beanspruchen. Eine hohe Staatsquote belaste die Unternehmen und damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes. Notwendige Ausgaben für Sicherheit, Infrastruktur, Bildung und soziale Sicherung seien gerechtfertigt, darüber hinausgehende Ausgaben jedoch nicht. Sie sind lediglich eine Umverteilung, die private Innovations- und Investitionspotenziale schmälere. Eine strikte Schuldenregel verhindere die exzessive Verschuldung und wahre die Selbstkontrolle des Staates.

Vier Reformen für die Schuldenbremse

Beide Positionen erscheinen unvereinbar, doch müssen sie dies nicht zwingend sein. Mit vier gezielten Anpassungen der Schuldenregel könnte ein Kompromiss gefunden werden, der zudem die Generationengerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt.

Erstens sollte die gegenwärtig kontraproduktive Schuldenbremse hin zu einer nominalen Ausgabenregel umgestellt werden. Der Staat dürfte dann in jedem Jahr nur so viele zusätzliche Ausgaben einplanen, wie es dem Wachstum der Wirtschaftsleistung entspricht. Dadurch würde die Nettoverschuldung des Staates bei 60 Prozent stabilisiert. Gleichzeitig könnte der Staat über den Konjunkturzyklus effektiver auf Schwächephasen und besondere Herausforderungen reagieren.

Zweitens sollten sinnvolle Zukunftsinvestitionen ausgenommen werden, wenn diese langfristig zur Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Sozialstaat beitragen. Diese sogenannte Goldene Regel sollte so ausgelegt werden, dass die Nettoinvestitionen immer positiv sind. Dadurch würde erreicht, dass der öffentliche Kapitalstock nicht schrumpft und der Staat nicht länger von seiner Substanz lebt. Aber der Staat muss – gerade in Zeiten einer riesigen demografischen Schrumpfung – seine öffentlichen Konsumausgaben für die direkt und indirekt Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung reduzieren, um nicht einen weiter steigenden Anteil der Wirtschaftsleistung für sich zu beanspruchen. Die öffentlichen Konsumausgaben sollten proportional zur Gesamtzahl aller Beschäftigten in Deutschland reduziert werden.

Die Umsetzung dieser beiden Elemente macht es erforderlich, auf allen föderalen Ebenen eine neue Form der Kostenrechnung einzuführen. Heute ist dem Staat der wahre Wert seines Vermögens häufig unbekannt, weil er nicht berücksichtigt, wie Straßen, Kanäle und andere Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur über die Zeit an Wert verlieren. Deshalb sollten Bund, Länder und Gemeinden künftig wie private Unternehmen zur doppelten Haushaltsführung gezwungen werden, um sowohl Schulden als auch Vermögen messbar und nachvollziehbar zu machen. Das Problem heute ist nicht, dass Deutschland zu viele Schulden hätte, sondern dass der Staat seit 25 Jahren von seiner Substanz lebt und der Wert der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsfürsorge schrumpft.

Gigantische Versprechungen für die Babyboomer

Drittens müssen die impliziten Zukunftsverpflichtungen des Sozialstaats, für Verteidigung und insbesondere für die Kosten der Klimakrise und des Verlusts von Umwelt und Biodiversität berücksichtigt werden. Bereits heute sehen wir die enormen, auch finanziellen Kosten, die Naturkatastrophen, Kriege und Pandemien verursachen. Staat und Gesellschaft dürfen nicht länger blind fliegen und aufs Beste hoffen, sondern müssen sich auf die dadurch verursachten steigenden Kosten für die Zukunft vorbereiten. Zudem hat der Staat den Babyboomern gigantische Versprechen bei Rente, Gesundheit und Pflege gemacht, die letztlich von der jungen Generation finanziert werden müssen. Diese Belastungen sind so stark, dass dies der Wirtschaft und damit dem Wohlstand aller in Deutschland schaden wird. Solche impliziten Staatsschulden müssen begrenzt werden, um die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen sicherzustellen und künftige Generationen nicht über Gebühr zu belasten.

Viertens sollte die Schuldenregel auch die Verteilung von Chancen und Ressourcen innerhalb der Gesellschaft ex-

plizit berücksichtigen. Der Staat darf sich nicht weiter aus der Daseinsvorsorge zurückziehen und die Vorsorge für Alter, Gesundheit und Pflege, für Bildung und Ausbildung und sozialen Frieden privatisieren. Der Staat muss dem Anspruch eines exzellenten Bildungssystems mit hoher Chancengleichheit, der Sicherung eines auskömmlichen Existenzminimums und gleichwertiger Lebensbedingungen überall in Deutschland gerecht werden.

Wie realistisch ist eine generationengerechte Reform der Schuldenbremse? Vielleicht stehen die Chancen schlecht, denn junge Generationen finden nach wie vor kaum Gehör im öffentlichen Diskurs. Die Verlockung für die heute verantwortlichen Babyboomer ist groß, ihre Lebensgewohnheiten unverändert beizubehalten und notwendige Veränderungen und Reformen auf künftige Generationen abzuschieben. Die Hoffnung besteht jedoch, dass die hier vorgeschlagenen Reformen auch die Verteidiger der heutigen Schuldenbremse überzeugen, da sie auch vom Staat verlangen, Ausgaben zu reduzieren und effizienter zu werden. Eine Schuldenregel ist aus Sicht junger und künftiger Generationen gut, wenn sie die heutigen Entscheider zu verantwortungsvollem Handeln verpflichtet und die Interessen junger und künftiger Menschen explizit berücksichtigt. Daher sollte die neue Bundesregierung dringend eine Reform der Schuldenbremse umsetzen, die der Perspektive der Generationengerechtigkeit einen zentralen Stellenwert einräumt.

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Gastbeitrag bei **Der Spiegel**, **29. Januar 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.



Deutschland braucht 400 000 Migranten – pro Jahr

Sabine Zinn und Marcel Fratzscher

Migration ist eines der zentralen Themen im Bundestagswahlkampf und wird für die nächste Bundesregierung hohe Priorität haben. Migration betrifft nicht nur die offene Gesellschaft, sondern auch die Integration von ausländischen Mitmenschen und Fachkräften. Ohne deutlich mehr Arbeitskräfte kann die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität in Deutschland nicht nachhaltig gesichert werden. Die neue Bundesregierung sollte sich deshalb das Ziel setzen, in den nächsten vier Jahren mindestens 1,6 Millionen ausländische Menschen in gute Arbeit in Deutschland zu bringen. Also 400 000 netto pro Jahr.

Die Ampelbundesregierung hat in den vergangenen beiden Jahren einen gefährlichen Kurswechsel in ihrer Migrations- und Integrationspolitik vollzogen. Sie hat die Leistungen für Geflüchtete gekürzt und mehr Abschiebungen sowie Restriktionen für die Zuwanderung angekündigt. Andere Parteien wollen noch weiter gehen. Die AfD fordert eine sogenannte Remigration, bei der nicht nur die Zuwanderung gestoppt, sondern viele vermeintlich unerwünschte Menschen mit und ohne deutschen Pass zur Ausreise gezwungen werden sollen. Friedrich Merz hat

jüngst die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft im Falle von Straftaten gefordert und will die Reform der Staatsbürgerschaft der Ampelregierung rückgängig machen, durch die die Einbürgerung beschleunigt und die Hürden für eine duale Staatsbürgerschaft abgebaut werden.

Drei zentrale Fakten stechen in Bezug auf Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Zuwanderung heraus. Erstens hat Deutschland bereits heute einen riesigen Arbeitskräftemangel. Es gibt knapp 1,7 Millionen offene Stellen. Durch die Demografie werden in den nächsten zehn Jahren fünf Millionen Babyboomer mehr in Rente gehen, als junge Menschen nachkommen. Bereits heute zählt für deutsche Unternehmen der Mangel an Arbeitskräften zu den wichtigsten Problemen, neben einer schwachen Nachfrage und überbordender Bürokratie und Regulierung.

Gigantische Lücke bei Arbeitskräften

Ein gängiger Irrglaube ist, nur Hochqualifizierte – sprich: Beschäftigte mit weit überdurchschnittlichen Einkommen – seien wirtschaftlich und finanziell lohnenswerte Arbeitskräfte für Deutschland. Dies ist grundfalsch und ein Schlag ins Gesicht für jeden deutschen Beschäftigten, der hart zu mittlerem oder geringem Lohn arbeitet. Gerade in vielen systemrelevanten Berufen der Grundversorgung arbeiten Menschen mit Migrationsgeschichte und sichern die Daseinsvorsorge. Fakt ist: Jeder berufstätige Mensch trägt seinen Teil zum Unternehmen und zur Gesellschaft bei, unabhängig von der Höhe des Stundenlohns. Eine so gigantische Lücke bei den Arbeitskräften wird nicht durch die Mobilisierung deutscher Arbeitskräfte gefüllt werden können. Die Bundesagentur für Arbeit schätzt, dass Deutschland daher über das nächste Jahrzehnt eine Nettozuwanderung von 400.000 Arbeitskräften aus dem Ausland benötigt – und zwar pro Jahr.

Zweitens hat Deutschland ein riesiges ungenutztes Potenzial bei der Erwerbstätigkeit von Ausländern und Ausländerinnen, insbesondere derer, die bereits in Deutschland leben. Im Juni 2024 befanden sich rund 3,3 Millionen Schutzsuchende in Deutschland. Obwohl die Integration in den Arbeitsmarkt der vielen Geflüchteten, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, besser gelingt als erwartet, besteht nach wie vor großes Potenzial. Viele dieser Menschen befinden sich auch Jahre nach der Ankunft noch nicht in Beschäftigung. Dies gilt insbesondere für geflüchtete Frauen. Häufig ist es auch der Fall, dass Menschen in Jobs tätig sind, die deutlich weniger Qualifikationen erfordern, als viele der ausländischen Mitmenschen mitbringen. Vor allem viele bürokratische Hürden, wie schleppende und intransparente Genehmigungsverfahren von Visa, schrecken viele ausländische Fachkräfte von außerhalb der EU ab, Deutschland als Zielland zu wählen.

Drittens wäre der Wirtschaftsboom der 2010er-Jahre ohne die Zuwanderung von innerhalb und außerhalb Europas nicht möglich gewesen. Ohne diese Zuwanderung hätten wir heute keinen neuen Höchststand von 46,1 Millionen Beschäftigten in Deutschland, sondern seit vielen Jahren bereits schrumpfende Beschäftigtenzahlen. Mehr als 80 Prozent des Beschäftigungsaufbaus der vergangenen fünf Jahre gehen auf ausländische Arbeitskräfte zurück.

Es gibt zahlreiche Erfolgsgeschichten bei der Integration Geflüchteter. So beträgt beispielsweise die Beschäftigungsquote bei Männern aus Syrien acht Jahre nach ihrer Ankunft knapp 90 Prozent – eine höhere Quote als die Erwerbstätigkeit unter deutschen Männern. Ausländische Mitmenschen sind zudem häufiger selbstständig tätig, was wichtige innovative Impulse gibt. Vor allem in kritischen Jobs der Daseinsvorsorge, wie der Pflege und Gesundheit, wären viele Leistungen ohne die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte heute nicht möglich.

Wenn die neue Bundesregierung das massive Arbeitskräfteproblem adressieren will, muss sie als oberste Priorität die vielen Hürden für die Erwerbstätigkeit von ausländischen Mitmenschen abbauen. Dies gilt für die Betroffenen selbst, die Unternehmen, staatliche Institutionen und die Gesellschaft als Ganzes.

Unsere europäischen Nachbarländer sind zum Teil deutlich besser darin, beispielsweise ukrainische Geflüchtete schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Auch wenn solche Vergleiche schwierig sind, besteht ein breiter Konsens, dass die Hürden für die Erwerbstätigkeit vor allem von Geflüchteten in Deutschland nach wie vor hoch sind. Diese Hürden müssen dringend abgebaut werden. Dazu gehören mehr Schnelligkeit und Flexibilität bei der Anerkennung von Qualifikationen. Denn vielen Menschen aus dem Ausland und auch der deutschen Wirtschaft ist nicht geholfen, wenn ausländische Arbeitskräfte nicht in einem Beruf arbeiten können, der ihrer Ausbildung entspricht, sondern gezwungen werden, in anderen Bereichen tätig zu sein, für die sie keine oder weniger gute Qualifikationen haben.

Eine schnellere Integration in den Arbeitsmarkt erfordert auch eine bessere Integration in die Gesellschaft. Studien des DIW Berlin zeigen, dass soziale Kontakte und gute Sprachkenntnisse essenziell sind, um gut im Arbeitsmarkt anzukommen. Dies erfordert eine zügigere Unterbringung in privaten Unterkünften und einen schnelleren Zugang zu sozialen Leistungen, etwa im Gesundheitswesen. Eine andere Studie des DIW Berlin hat kürzlich gezeigt, dass die

Verlängerung des Verbleibs im Asylbewerberleistungsgesetz von 18 auf 36 Monate zu größeren gesundheitlichen Schäden bei manchen Geflüchteten führt und somit auch ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt reduziert.

Parallele Ausbildung und Spracherwerb

Eine weitere DIW-Studie ergab jüngst, dass Maßnahmen wie die Einführung einer Bezahlkarte hauptsächlich zu einer Stigmatisierung von Geflüchteten beitragen, ohne sich merklich auf die Kosten auszuwirken. So haben im Jahr 2022 nur sieben Prozent der Geflüchteten Geld ins Ausland überwiesen, was ein zentrales Argument für die Einführung einer Bezahlkarte fraglich erscheinen lässt. Außerdem sind die häufig fehlenden Perspektiven für geflüchtete Menschen hinderlich, um in die eigene Ausbildung und Qualifizierung zu investieren.

Ein weiterer Reformbedarf besteht in einer besseren Unterstützung der vielen Unternehmen, die ausländische Mitmenschen ausbilden und beschäftigen. Die fehlende Flexibilität mancher Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme führt zu einer hohen Abbrecherquote. Parallelstrukturen von Ausbildung, Spracherwerb und Integration sind sinnvoll, um deutlich mehr ausländische Mitmenschen schneller und besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dafür können auch Anreize wie Ausbildungsprämien für Unternehmen sinnvoll sein.

Ein dritter Bereich für Reformen sind die staatlichen Institutionen selbst. Bürokratische und administrative Prozesse dauern häufig zu lang, was nicht nur auf allen Seiten zu Frustration und hohen Kosten führt, sondern auch die Integration erschwert. Zudem zeigen Studien, dass Restriktionen wie Wohnsitzauflagen kontraproduktiv sein und eine höhere Erwerbsquote verhindern können.

Der vierte Bereich betrifft die Gesellschaft als Ganzes. OECD-Studien haben ergeben, dass Deutschland insbesondere bei hoch qualifizierten Fachkräften im Ausland kein attraktives Zielland ist. Zwar bietet der deutsche Arbeitsmarkt viele gute und gut bezahlte Arbeitsplätze. Aber Deutschland hat eine im internationalen Vergleich schlechte Willkommenskultur. Vor allem hoch qualifizierte Fachkräfte in Deutschland geben an, dass eine überbordende Bürokratie, Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche, Sprachbarrieren und eine geringe Offenheit Deutscher gegenüber Ausländerinnen und Ausländern vier konkrete und ungewöhnlich hohe Hürden für eine erfolgreiche Integration sind. Diese vergleichsweise schlechte Willkommenskultur trägt dazu bei, dass die Verweildauer von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland in Deutschland relativ gering ist und viele nach einigen Jahren weiterziehen – zum Schaden der Unternehmen und der Wirtschaft als Ganzes.

Pragmatisch, nicht ideologisch

Kritiker der Zuwanderung behaupten, dass ein solcher Abbau von Hürden einen starken Pullfaktor darstelle – wonach Deutschland als Zielland für geringer qualifizierte Zuwanderung noch attraktiver würde. Wissenschaftliche Studien unterstützen diese These jedoch nicht. Im Gegenteil: Bleiben Hürden für eine erfolgreiche Integration bestehen oder werden sogar noch verstärkt, dürfte dies den Status quo eher zementieren: Vor allem relativ gering qualifizierte Geflüchtete werden weiterhin nach Deutschland kommen, um hier entsprechend den EU-Asylbestimmungen Schutz zu suchen. Hoch qualifizierte Fachkräfte dagegen werden weiterhin einen großen Bogen um Deutschland machen und in andere, attraktivere Länder gehen.

Wir sollten erkennen, dass Deutschland Gefahr läuft, einen erheblichen Teil seines wirtschaftlichen Wohlstands und seiner Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren, wenn die Arbeitskräftelücke in Deutschland nicht geschlossen werden kann. Dafür müssen die genannten vier Hürden abgebaut werden. Zudem sollte die Politik in Zukunft wieder mehr Rechenschaft für ihr Handeln ablegen. Anstelle von warmen Worten sollte die neue Bundesregierung sich konkret verpflichten, während ihrer Regierungszeit bis 2029 insgesamt 1,6 Millionen ausländische Arbeitskräfte erfolgreich in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies wäre ein größerer Beitrag für die deutsche Wirtschaft als die meisten Wirtschaftsprogramme oder Steuersenkungen der letzten Jahre.

Sabine Zinn ist Leiterin der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin.
Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Kolumne bei **Die Zeit**, **7. Februar 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.



Frauen sterben, weil wir wegsehen

Anna Bindler und Marcel Fratzscher

Es ist eine traurige Realität, die immer noch zu wenig Beachtung findet: Gewalt gegen Frauen ist in Deutschland ein systemisches Problem: Für 2023 erfasste das Bundeskriminalamt 360 Frauen und Mädchen, die aufgrund von Tötungsdelikten starben. Von diesen 360 wurden 247 der innerfamiliären Gewalt oder Partnerschaftsgewalt zugeordnet. Umgerechnet bedeutet das: An etwa zwei von drei Tagen wurde in Deutschland eine Frau in ihrem engsten privaten Umfeld getötet. Und obwohl die gesellschaftliche Debatte angestoßen ist, fehlt es doch in Politik, Medien und Gesellschaft an der nötigen Aufmerksamkeit und Entschlossenheit, dieser Gewalt wirksamer zu begegnen.

Während andere sicherheitspolitische Themen breite mediale und politische Resonanz erfahren, bleiben die Übergriffe auf Frauen und Mädchen, ihre psychischen und physischen Traumata, und die strukturellen Ursachen meist im Schatten. Dabei ist die Faktenlage eindeutig: Gewalt gegen Frauen ist nicht nur weitverbreitet – sie nimmt auch zu, mit verheerenden Folgen für die Betroffenen sowie Konsequenzen für unsere Gesellschaft und Wirtschaft.

Gewalt im privaten Raum

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Wie Daten des Bundesbildungs- und Familienministeriums dokumentieren, wird etwa jede dritte Frau in Deutschland im Laufe ihres Lebens Opfer von körperlicher oder sexualisierter Gewalt – etwa jede vierte durch ihren Partner oder Ex-Partner. Eine Entwicklung ist besonders besorgnis-

erregend, wie aus einer Kurzstudie des DIW Berlin hervorgeht: Die Zahl der polizeilich registrierten Fälle häuslicher Gewalt (ebenso die Zahl der Femizide) ist in den letzten Jahren gestiegen. Diese Gewalttaten finden im sozialen Nahraum statt – durch (Ex-)Partner oder Familienangehörige. Partnerschaftsgewalt macht dabei mit über 70 Prozent der Gewalttaten den Großteil aus. Es geht hier nicht um Einzelfälle oder »Beziehungstaten«, sondern um strukturelle Probleme, die sich durch alle gesellschaftlichen Schichten ziehen.

Die Zahlen sind erschreckend, und doch zeigen sie nur einen Ausschnitt der Realität: das sogenannte Hellfeld, also die angezeigten und polizeilich erfassten Fälle. Studien legen nahe, dass das Dunkelfeld deutlich größer ist: Zahlreiche Betroffene suchen keine Hilfe – aus Angst, Scham oder mangelndem Vertrauen in staatliche Institutionen. Diese Barrieren zu beheben ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Es braucht einerseits mehr Aufmerksamkeit seitens Politik und Medien und andererseits Aufklärung, um unsere Gesellschaft stärker für das Thema zu sensibilisieren.

Die Kosten der Gewalt

Gewalt gegen Frauen ist kein privates Problem. Es betrifft uns alle, aus unserer gesellschaftlichen Verantwortung heraus, aber auch aus ökonomischer Sicht. Frauen, die Gewalt erfahren, sind in deren Folge oft von Verlusten in Arbeitseinkommen und einer höheren Bedürftigkeit an Sozialleistungen betroffen, wie unsere DIW-Kurzstudie zeigt. Letztendlich können diese Auswirkungen auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe der Betroffenen haben und soziale Ungleichheiten entstehen lassen oder verfestigen.

Schätzungen zufolge belaufen sich die direkten und indirekten Kosten geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen in Deutschland insgesamt auf rund 54 Milliarden Euro jährlich – bei Partnerschaftsgewalt auf rund 28 Milliarden Euro. Um die Dimensionen einzuordnen: Eine Summe von 54 Milliarden Euro entspricht knapp 11 Prozent des aktuellen Entwurfs für den Bundeshaushalt 2025. Diese Kosten umfassen medizinische Behandlung, Arbeitsausfälle, Produktivitätsverluste, juristische Verfahren, Polizei- und Sozialleistungen sowie die Belastung von Kindern, die Zeugen oder Opfer häuslicher Gewalt werden. Die tatsächlichen Kosten dürften sogar noch höher liegen, da viele Fälle eben gar nicht erst gemeldet werden – aus Scham, aus Angst oder wegen fehlenden Vertrauens in staatliche Schutzmechanismen.

Seit dem 1. Februar 2023 gilt in Deutschland die völkerrechtlich bindende Istanbul-Konvention ohne Vorbehalte. Sie verpflichtet Deutschland, Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen konsequent umzusetzen. Dafür braucht es ein entschlossenes Handeln der Politik. Erste Schritte sind gemacht, für eine erfolgreiche Umsetzung der Konvention ist jedoch ein konsequenteres Vorgehen notwendig.

Anfang des Jahres hat der Bundestag das Gewalthilfegesetz verabschiedet, das den Opferschutz stärkt. Kernelement ist ein vom Wohnort unabhängiger Rechtsanspruch auf kostenfreien Schutz und Beratung für betroffene Frauen und ihre Kinder. Das ist ein wichtiger Schritt, es warten aber zwei große Herausforderungen. Erstens: Um dem Rechtsanspruch gerecht zu werden, müssen ausreichend Plätze in Frauenhäusern und Beratungsstellen zur Verfügung stehen. Stand heute ist das nicht der Fall. Laut der Frauenhaus-Statistik 2023 fehlten 2023 über 14.000 Frauenhausplätze in Deutschland. Es gilt nun, die notwendige Infrastruktur zu schaffen und diese Lücken zu schließen.

Zweitens: Ab 2027 soll das Gesetz unter finanzieller Beteiligung des Bundes umgesetzt werden, ab 2032 – etwa sieben Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes und fast zehn Jahre nach dem vollständigen Inkrafttreten der Istanbul-Konvention in Deutschland – soll der Rechtsanspruch gelten. Gerade in Zeiten knapper Haushalte wird es wichtig sein, die Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen nachhaltig zu sichern und zu priorisieren. Das betrifft die Bereitstellung der Infrastruktur – aber auch die finanzielle Unterstützung der Opfer. Die Frauenhaus-Statistik 2023 zeigt auch hier Aufholbedarf: 28 Prozent der Frauen in den Frauenhäusern mussten ihren Aufenthalt teilweise oder ganz selbst zahlen, mit Kosten von 10 bis 150 Euro pro Tag und Person.

Der effektivste Schutz ist die Prävention

Eine Änderung des Gewaltschutzgesetzes ist geplant, aber noch nicht beschlossen. Dabei geht es unter anderem um die Einführung von elektronischen Fußfesseln für gewalttätige Männer, wie aktuell auf der Innenministerkonferenz diskutiert und teilweise von einzelnen Bundesländern schon eingeführt. Gerade die Einführung nach spanischem Modell, bei dem Opfer und Polizei informiert werden, wenn Täter Opfern zu nahe kommen, ist vielversprechend, setzt aber seitens der Opfer Vertrauen in die Institutionen voraus. Die technologische Überwachung sollte eingebettet werden in ein Gesamtkonzept, das Prävention und soziale Unterstützung stärkt – über die auch diskutierten sozialen Trainingskurse für Täter hinaus.

Ein solches Gesamtkonzept sollte aus Strafverfolgung, Prävention und Opferschutz bestehen. Der effektivste Schutz von Frauen besteht dabei in der Prävention – hier braucht es zum Teil einen politischen Paradigmenwechsel, um Prävention und Opferschutz zu priorisieren und langfristige strukturelle Veränderungen in den Mittelpunkt zu rücken. Gewaltprävention sollte früh ansetzen, zum Beispiel in Form von Bildungsangeboten zu Gleichstellung, Konfliktlösung und sexualisierter Gewalt. Eine große Herausforderung wird es sein, bei Opfern von häuslicher Gewalt Vertrauen in die Institutionen zu stärken, damit mehr Betroffene sich an Polizei, Justiz und Beratungsstellen wenden. Strafverfolgung sollte dafür den Opferschutz mitdenken, zum Beispiel durch verstärkte Ausbildung oder Spezialisierung von Polizei und Justiz im Bereich häuslicher Gewalt.

Das Problem betrifft uns alle

Nicht zuletzt ist die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen ein entscheidender Faktor im Kampf gegen Gewalt und bei der Prävention. Gewaltsame Beziehungen gehen oft einher mit wirtschaftlicher Abhängigkeit, die es den betroffenen Frauen erschwert, sich aus der Situation zu lösen. Das zeigt auch eine kürzlich erschienene Studie der Hertie School. Wer ernsthaft Gewalt gegen Frauen bekämpfen will, muss daher auch die ökonomischen Rahmenbedingungen verbessern: durch eine gezielte Arbeitsmarktintegration von Frauen, mehr Lohngerechtigkeit, besseren Zugang zu existenzsichernder Arbeit, gezielte Förderung von Alleinerziehenden aber auch flächendeckend zuverlässige Kinderbetreuungsangebote. Diese Maßnahmen betreffen eben nicht nur Gleichstellung, sondern können auch effektive Prävention bedeuten.

Wenn wir als Gesellschaft eine gerechtere, sicherere und inklusivere Zukunft wollen, dann müssen wir ehrlich sein: Gewalt gegen Frauen ist ein enormes gesamtgesellschaftliches Problem. Es betrifft uns alle – unabhängig von Herkunft, Bildungsgrad oder Einkommen. Der Schutz von Frauen ist kein Nebenschauplatz der Sicherheitspolitik, sondern eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Und wer Gerechtigkeit wirklich will, darf nicht länger wegsehen.

Anna Bindler ist Leiterin der Abteilung Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin. **Marcel Fratzscher** ist Präsident des DIW Berlin.
Kolumne bei **Die Zeit**, **1. August 2025**



Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Sicherheit braucht Fakten – und Haltung

Anna Bindler

In Deutschland steigen die Sorgen vor Kriminalität, gerade im Zusammenhang mit Migration. Dabei ist Deutschland im internationalen Vergleich ein sicheres Land. Der Trend der Kriminalitätsraten ist seit Anfang der 2000er Jahre rückläufig, während die Zuwanderung aus anderen europäischen Ländern und die Zahl von Geflüchteten im gleichen Zeitraum stark zugenommen haben. Gleichzeitig sehen wir einen intensiven, oft emotionalen Diskurs in Politik und Gesellschaft, der Kriminalität und Migration verknüpft. Die Aufgabe der Wissenschaft, vielleicht auch ihr Privileg, ist eine differenzierte Betrachtung vielschichtiger Zusammenhänge – so auch hier.

Was wissen wir also aus der Forschung? Zunächst, dass die bisherigen Ergebnisse keine Belege für einen kausalen Zusammenhang von Kriminalität und Migration liefern. Kriminalität ist ein komplexes Phänomen: Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil haben Ausländer*innen in der Polizeilichen Kriminalstatistik einen deutlich höheren Anteil an Tatverdächtigen als Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft.

Manche schließen daraus, dass Migration zu Kriminalität führe. Aber: Diese pauschale Aussage so stehen zu lassen, wäre falsch und würde der Komplexität des Themas Kriminalität nicht gerecht werden. Denn wir wissen aus der Forschung, dass nicht Herkunft oder Hautfarbe die Ursachen von Kriminalität sind. Vielmehr hängen die Risikofaktoren mit sozioökonomischen Umständen, Bildungsbiografien und Integrationserfahrungen zusammen. Entscheidend im Sinne des Ursache-Wirkungs-Prinzips ist also nicht Migration – sondern, ob Menschen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt eingebunden sind.

Dazu kommt eine weitere Herausforderung: die Datenlage in Deutschland. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bildet derzeit die Hauptquelle für die Erfassung von Kriminalität in Deutschland – muss aber mit Vorsicht interpretiert werden. Erstens: Sie erfasst Verdachtsfälle vor der Bearbeitung durch die Staatsanwaltschaft und Gerichte. Zweitens: Sie beschränkt sich auf das Hellfeld – diejenigen Fälle, die von der Polizei registriert werden.

Das bedeutet, dass nicht nur die Kriminalitätsentwicklung per se einen Einfluss auf die Statistik hat, sondern auch das Meldeverhalten in der Bevölkerung oder die Prioritätensetzung in der polizeilichen Arbeit. Wie beispielsweise in dem Bericht des Bundeskriminalamtes zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2024 steht, bedeutet dies: „Die PKS bietet kein exaktes Spiegelbild der Kriminalitätswirklichkeit, sondern eine je nach Deliktsart mehr oder weniger genaue Annäherung an die Realität." Für ein Bild der realen Entwicklung sollten die Ergebnisse der kommenden Dunkelfeldstudien herangezogen werden.

Öffentliche Sicherheit muss Priorität haben – allein, um den Opfern von Kriminalität gerecht zu werden. Kriminalitätsbekämpfung und Prävention sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die die Aufmerksamkeit von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft fordern. Kriminalität entsteht nicht im luftleeren Raum. Es gibt strukturelle Ursachen: Bildungsbenachteiligung, schwieriger Zugang zum Arbeitsmarkt, erschwerte Lebensumstände oder fehlende gesellschaftliche Integration.

Aus wissenschaftlichen Ergebnissen lassen sich hier Handlungsoptionen ableiten: Wo sollte Politik ansetzen? Was wäre wirksam? Welche Alternativen gibt es? Diese Debatte sollte aber nicht auf emotionaler oder populistischer Ebene geführt werden. Es geht nicht darum, schwierige Themen nicht anzusprechen – die Herausforderung liegt vielmehr darin, dies in differenzierter Art und Weise zu tun, ohne zu pauschalisieren und ohne sich von vereinfachten Narrativen leiten zu lassen. Denn durch Ausgren-

zung und Stigmatisierung erhöhen wir unsere Sicherheit nicht, auch das zeigt die Forschung.

Anna Bindler ist Leiterin der Abteilung Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin.
Kommentar im **DIW Wochenbericht 36/2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.



Herumdoktern an Symptomen

Alexander S. Kritikos

Das Ziel der aktuellen Bundesregierung, die Bürokratiekosten um 25 Prozent bis zum Ende der Legislaturperiode 2029 zu senken, ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Tagung des ersten „Entlastungskabinetts" vorvergangene Woche war dabei ein wichtiges Signal, dass sich diese Bundesregierung des Themas ernsthaft annehmen will. Doch die Ergebnisse überzeugen bislang kaum.

Bürokratie ist zum Mühlstein im unternehmerischen Alltag geworden und ein wesentlicher Grund, dass der Standort Deutschland kränkelt. Produktion in Deutschland lohnt immer weniger. Und das, obwohl verschiedene Bundesregierungen in den letzten 20 Jahre schon versucht haben, mit vier Bürokratieentlastungsgesetzen den Standort Deutschland attraktiver zu machen. Vergeblich: Denn gleichzeitig wurden viel mehr neue Gesetze und Vorschriften auf den Weg gebracht, zuletzt allein 14 000 aus der EU, deren zusätzliche Belastungen die Entlastungen aus diesen Gesetzen bei weitem übersteigen.

Das Entlastungskabinett hat acht Gesetzesentwürfe beschlossen, um Unternehmen und auch Bürgerinnen und Bürger von Bürokratie zu entlasten, unter anderem die Vereinfachung der Gewerbeordnung an mancher Stelle, die Aufhebung vereinzelter Berichtspflichten für verschiedene Bereiche und die Digitalisierung von Grundstückskaufverträgen. Doch was mit markigen Sinnsprüchen wie „weniger Muss, mehr Haus", „Sicher arbeiten, schlau regeln", oder „Berichten, was wirklich zählt" begleitet wird, ist nichts anderes als ein weiteres Herumdoktern an Symptomen. Denn auch diese Bundesregierung konzentriert sich,

wie ihre Vorgängerregierungen, in der Herangehensweise auf Einzelmaßnahmen.

Damit einher gehen zwei Probleme: Zum einen mag die Regulierungsdichte, also die Summe aller Verwaltungsvorschriften, mit den geplanten Schritten auf der einen Seite reduziert werden. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass an anderer Stelle neue Verwaltungsvorschriften wieder hinzugefügt werden. Die resultierenden Nettoeffekte werden viel kleiner sein als gedacht, wenn überhaupt welche übrigbleiben. Diese geringeren Nettoeffekte müssen aber bei einer solchen Herangehensweise berücksichtigt und dementsprechend der Abbau von Regulierung viel intensiver betrieben werden, um Regulierung tatsächlich netto, also unter Berücksichtigung aller gleichzeitig neu verabschiedeten Vorschriften, um 25 Prozent abzubauen.

Das zweite, größere Problem ist das Fehlen einer Gesamtstrategie. Denn die Wahrnehmung von Regulierung in den Unternehmen und bei den Bürgerinnen und Bürgern hängt nicht nur von der Zahl der Vorschriften per se ab, sondern auch von der Qualität der Verwaltungen, die Regulierungs- und Verwaltungsvorschriften ausgestalten und umsetzen. Dementsprechend muss nicht nur die Zahl der Regulierungsvorschriften in den Blick genommen werden, wie das die jetzige Bundesregierung wieder in erster Linie macht. Viel wichtiger ist, dass die Verwaltungsqualität bei der Umsetzung von Regulierung systematisch verbessert wird.

Damit wird die Qualität der öffentlichen Verwaltung zu einem zentralen Element der aktiven Gestaltung von Wirtschaftspolitik. Eine qualitativ hochwertige Verwaltung zeichnet sich durch schlanke Verfahren, verständliche Vorschriften und zumutbare Berichtspflichten aus. Bei hoher Verwaltungsqualität werden Entscheidungen und Genehmigungsverfahren innerhalb von Wochen – und nicht erst nach Jahren – effizient und transparent getroffen. Die Dauer von Genehmigungsverfahren macht zum Beispiel für Investoren häufig den entscheidenden Unterschied aus. Wesentlich ist dabei, ob die umsetzende Verwaltung als Partner agiert, der Genehmigungsverfahren unterstützt und bei der Umsetzung von Vorschriften Unternehmen aktiv entlastet. Bei guter Verwaltungsqualität bietet die öffentliche Verwaltung schließlich den wichtigsten Vorteil von Regulierung: Rechtssicherheit für die Unternehmen.

Auf dieses zentrale Element zum Bürokratieabbau geht auch die jetzige Bundesregierung viel zu wenig und vor allem nicht systematisch ein. Entsprechend lässt sich prognostizieren, dass auch unter dieser Bundesregierung kein wirkungsvoller Bürokratieabbau zustande kommen wird, solange sie wie im Hamsterrad versucht, Vorschriften an einzelner Stelle abzubauen.

Vielmehr sollte der Abbau von Vorschriften mit einer besseren Verwaltungsqualität kombiniert werden. Dazu gehören auch die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz bei der Umsetzung von Verwaltungsverfahren.

Die aktuelle Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen, „den Menschen und Unternehmen als Partner und Ermöglicher begegnen zu wollen". Dazu braucht es, wie im Koalitionsvertrag treffend festgehalten, „einen Mentalitätswechsel". Mit einer solchen Strategie ließe sich dieser Mentalitätswechsel realisieren und die Bürokratiebelastung auch um mehr als 25 Prozent reduzieren.

Alexander S. Kritikos ist Leiter der Forschungsgruppe Entrepreneurship und Mitglied des Vorstands des DIW Berlin.
Gastbeitrag in der **Frankfurter Rundschau**,
18. November 2025

Der Artikel ist online **hier** zu finden.



Ein Zeichen gegen Big Tech

Tomaso Duso

Mit ihrer Milliardenbuße gegen Google hat die EU-Kommission ein Zeichen gesetzt: Europa ist entschlossen, seine Wettbewerbsregeln konsequent durchzusetzen. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, wird jedoch allein nicht ausreichen. Nun müssen auch wirksame Lösungen für die strukturellen Probleme des Marktes gefunden werden – mehr als es etwa im jüngsten US-Urteil gelang, bei dem Google trotz erwiesener Marktmacht nur vergleichsweise milde Auflagen erhielt.

Aber der Reihe nach: Hinter uns liegt eine turbulente Woche. Noch am Montag vertagte die EU-Kommission die Ankündigung einer Entscheidung im Google-Adtech-Verfahren. Viele sahen dadurch die Unabhängigkeit der europäischen Wettbewerbspolitik ernsthaft gefährdet. »Wettbewerbskontrolle darf kein Spielball internationaler Interessen sein«, warnten zahlreiche Stimmen und verwiesen dabei auf die Möglichkeit, dass die EU-Kommission vor US-Präsident Donald Trump einknicken könnte. Weder die Lobbyarbeit mächtiger Unternehmen noch politischer Druck aus Washington dürfen Einfluss auf die Durchsetzung des Rechts in Europa haben.

Nur einen Tag später folgte das Urteil im US-Kartellverfahren gegen Google wegen seiner Monopolstellung im Bereich der Internetsuche. Eine Aufspaltung des Unternehmens blieb aus. Anstelle struktureller Maßnahmen wurden lediglich Verhaltensauflagen verhängt. So muss Google ausgewählte Daten mit Wettbewerbern teilen, bleibt jedoch von strengeren Vorgaben wie der Offenlegung des

Quellcodes oder der Abgabe von Chrome und Android verschont. Solche Auflagen sind besser als nichts, doch die Erfahrung zeigt, wie schwer sie durchzusetzen sind. Zudem verzichtete Richter Amit Mehta darauf, Zahlungen zu verbieten, mit denen Google Standardplatzierungen in Browsern und Smartphones absichert. Im Vergleich zu den Forderungen des US-Justizministeriums fiel das Urteil deutlich milder aus – ein klarer Vorteil für Google. In der Folge stieg der Google-Aktienkurs um acht Prozent.

Nach den vielen Jahren der beiden Verfahren schien es zunächst, als würde am Ende nur ein laues Ergebnis stehen. Doch am späten Freitagnachmittag folgte die Überraschung: Die EU-Kommission verhängte im Adtech-Verfahren eine Geldbuße von fast drei Milliarden Euro gegen den Mutterkonzern von Google, Alphabet. Im Zentrum stehen das Werbegeschäft und die weitreichende Durchdringung des Werbemarktes – das Herzstück des Geschäftsmodells. Laut Begründung nimmt Google mit seinen Produkten eine marktbeherrschende Stellung ein und hat diese seit Jahren missbraucht, um eigene Angebote zu bevorzugen.

Die Strafe ist daher gerechtfertigt, wird aber allein nicht reichen. Das missbräuchliche Verhalten muss nicht nur geahndet, sondern auch wirksam unterbunden werden. Eine Intervention an dieser Stelle ist vermutlich der entscheidende Hebel, um Googles Dominanz in vielen Bereichen zu durchbrechen. Damit die Geldbuße kein Pyrrhussieg bleibt, sind die nächsten Schritte entscheidend. Google hat 60 Tage Zeit, um eigene Vorschläge zur Beseitigung der Wettbewerbsbarrieren im Onlinewerbegeschäft vorzulegen. Sollten diese nicht überzeugen, kann die EU-Kommission selbst Auflagen bis hin zur Entflechtung zentraler Geschäftsbereiche erlassen. Das wäre ein echter Game Changer und womöglich der einzige Weg, die strukturellen Probleme des Marktes nachhaltig zu lösen.

Gerade deshalb ist es jetzt wichtig, dass die EU-Kommission trotz anhaltender Einschüchterungsversuche konsequent weiterhandelt und alle verfügbaren Instrumente ausschöpft, um Wettbewerbsverstöße von Digitalunternehmen wirksam zu verhindern und zu sanktionieren – sowohl im Rahmen der Wettbewerbspolitik als auch bei der Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Digital Markets Act. Dies ist unverzichtbar, um offene Märkte zu sichern und demokratische Kontrolle zu gewährleisten. Zwar lassen sich Fragen der europäischen digitalen Souveränität nicht allein durch Kartellrecht oder Regulierung lösen, doch deren konsequente Durchsetzung leistet einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Bewahrung.

Um Druck und Unabhängigkeit zu stärken, müssen auch nationale Wettbewerbsbehörden und Gerichte die Kommission ergänzen. Europa muss hier an einem Strang ziehen. Nach Jahren wachsender Marktmacht weniger Gatekeeper und angesichts der Dynamik generativer KI brauchen wir eine klare pro-wettbewerbliche Agenda. Letzte Woche wurde ein erstes Zeichen gesetzt – es sollte der Beginn einer entschlossenen Linie sein.

Tomaso Duso ist Leiter der Abteilung Unternehmen und Märkte im DIW Berlin.
Gastbeitrag in der **Frankfurter Allgemeinen Zeitung**, **8. September 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Wie sich Griechenland aus dem Schuldensumpf befreite

Alexander S. Kritikos

Vor zehn Jahren entschied eine denkwürdige Volksabstimmung in Griechenland über die Zukunft des schuldengeplagten Landes: Obwohl eine Mehrheit gegen die von außen auferlegten Reformen votierte, entschied sich die Regierung Tsipras für deren Fortsetzung und für einen Verbleib in der Eurozone. Ein drittes Schuldenpaket über 86 Milliarden Euro wurde geschnürt, geknüpft an die Verpflichtung, jährlich Primärüberschüsse zu erzielen.

Mit dem dritten Schuldenpaket für Griechenland standen 2015 zwei Fragen im Raum: Wird Griechenland jemals diese Schuldenlast von knapp 180 Prozent des Bruttoinlandsprodukts abtragen? Und kann das Land Primärüberschüsse erzielen? Es kann. Mit Ausnahme der Pandemie-Jahre gab es, kaum vorstellbar, jedes Jahr einen Primärüberschuss. Besonders hoch fiel dieser mit knapp fünf Prozent des BIP im Jahr 2024 aus, als die griechische Regierung gar nicht mehr wusste, wohin mit dem ganzen Geld. Auch wächst die griechische Wirtschaft seit 2021 durchweg überdurchschnittlich innerhalb der Eurozone, mit Wachstumsraten von über zwei Prozent. Die Staatsschuldenquote ist auf 155 Prozent gesunken, die Renditen für griechische Anleihen liegen sogar unter denen von Italien und Frankreich. 2026 sollen Hilfskredite vorzeitig zurückgezahlt und so die Quote weiter gesenkt werden. Auch der Arbeitsmarkt hat sich erholt, die Arbeitslosenquote ist von 28 auf acht Prozent gesunken.

All das wurde durch eine Reihe von Reformen möglich. Unter der Regierung Tsipras erfolgten diese noch auf Druck der Gläubiger. Drastische Rentenkürzungen wurden verfügt, Steuersätze erhöht. Beides sanierte den tief in den Miesen steckenden Haushalt auf schmerzhafte Weise. Dagegen übernahm die im Jahr 2019 an die Macht gekommene Regierung Mitsotakis erstmals „Ownership" und ersetzte den mechanistischen Ansatz durch wirtschaftsfreundlichere Reformen. Neben einer Beschleunigung der Privatisierungsvorhaben, einer weitreichenden Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen (Deutschland könnte sich von dieser Reform eine Scheibe abschneiden) und Erleichterungen bei Investitionsverfahren hat diese Regierung die Unternehmens- und Einkommenssteuern wieder auf ein erträgliches Maß gesenkt. Letzteres wurde durch eine weitgehende Umstellung auf elektronische Zahlungen möglich. Das Umsatzsteueraufkommen explodierte daraufhin fast. Kürzlich wurden diese Reformschritte mit der Hochstufung im Rating auf den sogenannten „Investment Grade" für griechische Staatsanleihen belohnt.

Es scheint alles zum Besten zu stehen. Doch es lässt sich auch eine andere Geschichte erzählen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird von zwei Sektoren getragen, Tourismus und Bau. Zwar sind wieder mehr Menschen in Lohn und Brot, doch werden in den Sektoren niedrige Löhne gezahlt und sind die Reallöhne durch die jüngste Inflation sogar gesunken. So liegt das heutige Wohlstandsniveau Griechenlands immer noch rund fünf Prozentpunkte unter dem Niveau von 2007. Produktion und Export von höherwertigen Gütern und Dienstleistungen, die höhere Löhne ermöglichen würden, stagnieren hingegen. Entsprechend ist die Arbeitsproduktivität pro Stunde so niedrig wie in keinem anderen Land der OECD. Da hilft es eben nichts, die höchste Zahl an Jahresarbeitsstunden in der Eurozone ausweisen zu können.

Und dann sind da noch die jüngsten Regierungsskandale: Abhör-Affären, die fehlende Aufarbeitung und Vertuschungsvorwürfe im Zusammenhang mit dem Zugunglück in Tempi und zuletzt ein Korruptionsskandal, bei dem EU-Mittel in Milliardenhöhe systematisch veruntreut wurden. Unter den Augen der Politik wurden Subventionen für nicht-existente Schafherden auf nicht-existenten Weideflächen gewährt. Die Skandale haben das Vertrauen in die Absicht der griechischen Regierung erschüttert, mit dem Korruptionssystem aufräumen. Hinzu kommen weite-

re strukturelle Probleme, darunter ein Reformstau im Justizsystem. All dies ist keine Einladung für Investoren und Innovatoren, die Höherwertiges in Griechenland produzieren wollten. Solche Investoren tauchen in Griechenland nach wie vor nur selten auf. Offensichtlich sehen sie sich immer noch unkalkulierbaren Risiken ausgesetzt, die sie vor Investitionen in diesem Land zurückschrecken lassen.

Wie kann es zu dieser „Divergenz der Narrative" kommen? Letztlich hat die Regierung Mitsotakis den richtigen Reformprozess angestoßen, ist dann aber auf halbem Wege stehen geblieben. Griechenland hat es bis heute versäumt, echten Nutzen aus seiner Mitgliedschaft in der EU zu ziehen, um Institutionen aufzubauen, die die Realisierung innovativer Investitionen besser ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund wirken auch die letzten Arbeitsmarktreformen der Regierung Mitsotakis eher hilflos. Die Einführung der Sechs-Tage-Arbeitswoche oder des 13-Stunden-Arbeitstages zur Erhöhung der spärlichen Monatseinkommen sind ein Herumdoktern an Symptomen. Sie werden nicht dazu führen, dass die Arbeitsproduktivität steigt (eher im Gegenteil) oder Investitionen in Richtung höherwertiger Produkte getätigt werden.

Will also die griechische Regierung mehr Wohlstand in die Mitte ihrer Bevölkerung bringen, muss sie sich ambitioniertere Ziele setzen. Langfristig kommt mehr Wohlstand nicht dadurch zustande, dass man mehr Touristen auf eine Insel quetscht, sondern durch technologische Durchbrüche, die zur Erstellung höherwertiger Produkte und dadurch zu mehr Exporten und zu Wachstum führen.

Das Humankapital dafür gibt es in Griechenland. Denn es bildet laut „Global Innovation Index" seinen Nachwuchs hervorragend aus, und es gibt exzellente Forschung in Griechenland. Aber die Übersetzung der Forschungsergebnisse in die Welt der Unternehmen, die innovative Produkte marktfähig machen, findet selten in Griechenland statt, sondern meist anderswo.

Drei wichtige Reformen sollte die Regierung anstoßen, um für Investoren attraktiv zu werden. Erstens muss Griechenland mehr in Forschung und Entwicklung investieren; und es müssen Wissenschaft und Wirtschaft viel systematischer als bisher in den produktiven Austausch gehen können – in Griechenland sind das nach wie vor zwei Silos. Zweitens muss der Reformprozess an vielen Stellen fortgesetzt, die Qualität der öffentlichen Verwaltung, aber auch der Justiz verbessert werden. Ein Beispiel: Für Investoren ist es schon Grund genug, nicht in einem Land zu investieren, wenn sie wie in Griechenland zehn Jahre zur Durchsetzung von Vertragsansprüchen benötigen. Drittens muss die zentralistisch agierende Regierung anfangen, die Kommunalpolitik einzubinden und Verantwortung auf mehr Schultern zu verteilen. Denn die Attraktivität eines Standortes hängt auch vom lokalen Geschäftsklima ab.

Nun befindet sich die aktuelle Regierung bereits in der Mitte der Legislaturperiode – die Zustimmungswerte von 41 Prozent im Jahr 2023 haben sich aufgrund der jüngsten Krisen inzwischen halbiert. Grund genug, den so dringend benötigten Reformprozess doch fortzusetzen.

Alexander S. Kritikos ist Leiter der Forschungsgruppe Entrepreneurship und Mitglied des Vorstands des DIW Berlin.
Gastbeitrag in der **Welt**, **23. Oktober 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.



Echter Aufbruch

Tomaso Duso und Rupprecht Podszun

Das Schuldenpaket der künftigen Bundesregierung steht. Jetzt drängen sich zwei weitere Fragen auf: Wofür genau soll das Geld ausgegeben werden? Und wie? Die Entscheidung über das „Wofür" erfordert einen gesellschaftlichen Diskurs und eine starke politische Prioritätensetzung – es geht um Zukunftsfähigkeit und nicht um die Befriedigung einzelner Interessengruppen. Ebenso entscheidend ist, wie der Staat die Mittel einsetzt.

Beschaffung und die Vergabe von Infrastrukturprojekten zählen nicht gerade zu den Paradedisziplinen der Staatsverwaltung. Es kann zu Fehlprognosen und Kostenexplosionen kommen, Subventionsritter werden ihr Glück versuchen. Mit den gewaltigen Summen, die jetzt zur Verfügung stehen, steigt auch das Risiko.

Das wichtigste Gegenmittel: Wettbewerb. Nur er garantiert, dass die Mittel effizient und innovationsfördernd eingesetzt werden. Auch mögliche Nebenwirkungen wie Preissteigerungen und Inflation fallen geringer aus, wenn der Wettbewerb gestärkt wird. Nur wenn wettbewerbsorientiert agiert wird, bietet sich eine Chance zum Aufbruch – mit Innovationen und ganzen Branchen, die für die Zukunft fit gemacht werden.

Schon jetzt sollten die Koalitionspartner fünf Grundsätze festschreiben, die das Prinzip Wettbewerb für den Einsatz der Mittel absichern. Erstens: Die Gelder – insbesondere für Rüstungsausgaben – sollten zumindest europaweit vergeben werden. Derzeit sind Rüstungsmärkte in Europa zersplittert. Den Unternehmen fehlen Größenvorteile,

und zugleich binden sich Staaten gern an die Unternehmen aus ihrer Heimat – diese Kombination ist fatal. Gerade in der Rüstungsindustrie mit komplexen und langlaufenden Großaufträgen besteht die Gefahr von langfristigen Abhängigkeiten.

Staaten, die sich nicht frühzeitig dagegen schützen, bleiben auf Dauer einzelnen Unternehmen ausgeliefert. Sie können das vermeiden, indem sie von Anfang an auf Wettbewerb setzen. Im Idealfall verteilen sie die Aufträge auf mehrere Anbieter. Dem Verlust von Synergieeffekten stehen Risikostreuung und Wettbewerbsvorteile gegenüber.

Zweitens: Die Beschaffungsverfahren sollten modernisiert werden. Planung und Ausführung sollten so weit wie möglich getrennt werden, um verschiedenen Unternehmen die Chance zu geben, sich zu beteiligen. Die staatliche Innovationsagentur Sprind zeigt beispielhaft, wie moderne Beschaffung aussehen kann – etwa durch Ideenwettbewerbe und eine flexible Herangehensweise, die verschiedene Lösungswege zulässt, statt ein Ergebnis im Detail vorzugeben.

Drittens: Bei der Beschaffung sollte systematisch Innovation berücksichtigt werden. Zwar wird ein Großteil des Geldes in klassische Infrastrukturprojekte wie Brücken, Panzer oder Schienen fließen. Doch Digitalisierung, KI und Dekarbonisierung treiben auch in diesen Bereichen Innovationen voran. Oft werden die Impulse von Start-ups und Forschungseinrichtungen kommen, sie sollten gezielt eingebunden werden. Um die Großprojekte zu Katalysatoren für die Zukunft zu machen, sollten Spill-over-Effekte, Dual-Use (also auch zivile Nutzung) bei militärischen Erkenntnissen und Interoperabilität bei Systementscheidungen gefördert werden.

Viertens: Die staatlichen Institutionen müssen agiler werden. Wenn die massiven Investitionen einen echten Strukturwandel in der Wirtschaft anschieben sollen, können die staatlichen Behörden nicht stehen bleiben. Sie sollten das Schuldenpaket zum Anlass nehmen, Verwaltungsmodernisierung, Entbürokratisierung und Digitalisierung voranzutreiben und damit zu verknüpfen. Behörden leiden unter ihrer Monopolträgheit, aber auch hier kann das Wettbewerbsprinzip zu mehr Effizienz beitragen. Gezielte Anreize für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, regelmäßige Datenerhebung mit Monitoring und gezielte Personalrotation können starre und verkrustete Strukturen aufbrechen.

Fünftens: Je höher die Ausgaben, desto stärker müssen die Sicherungsmechanismen sein. Der Ruf nach Entbürokratisierung darf nicht dazu führen, dass auch das weggeschnitten wird, was an Kontrolle nötig ist. Das Beihilferecht und das Vergaberecht zum Beispiel können und müssen zwar vereinfacht und beschleunigt werden, sie dienen aber dem Schutz vor Wettbewerbsverzerrungen und Fehlausgaben – eine inhaltliche Entwertung wäre daher falsch. Ähnliches gilt für moderne Instrumente, mit denen Korruption und Wettbewerbsverzerrungen aufgedeckt und bekämpft werden.

Die Entscheidung des Bundestags gilt als „historisch". Jetzt kommt es darauf an, dass sie der Start für einen Wettkampf um die Zukunft wird.

Tomaso Duso ist Leiter der Abteilung Unternehmen und Märkte im DIW Berlin und Vorsitzender der Monopolkommission. **Rupprecht Podszun** ist Direktor des Instituts für Kartellrecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Mitglied der Monopolkommission.
Gastbeitrag im **Handelsblatt**, **27. März 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

„Berlin ist heute dreigeteilt“

Martin Gornig

Herr Gornig, seit dem Beitritt der DDR zur BRD am 3. Oktober 1990 sind 35 Jahre vergangen. Kennen Sie ein Ostberliner Produkt, was noch im Supermarkt steht?

Martin Gornig: Club Cola. Und wie heißt dieses Waschmittel? Also nein, ich kenne wohl nicht viele Produkte aus Ostberlin.

Vielleicht liegt das an der Wucht, mit der die Wende den Osten getroffen hat. Alte Bundesländer prallten auf neue, in Berlin wuchsen zwei Städte zusammen. Gibt es zwei Geschichten der Wiedervereinigung?

Martin Gornig: Es gibt einen großen Unterschied in der Vereinigungsgeschichte Berlins und der von Ost und West. Westberlin war etwas ganz Besonderes, im Prinzip ein ökonomisches Kunstprodukt. Das war keine funktionierende kapitalistische Metropole – es hatte eine wirtschaftliche Entwicklung, die maßgeblich durch Fördermittel aus Westdeutschland bestimmt war. Die Deindustrialisierung, die wir in Ostdeutschland erleben mussten, die kam – wenn auch mit zeitlicher Verzögerung – auch auf große Teile in Westberlin zu. Vor der Wende war dort etwa die Tabakwarenindustrie wichtig. Die gibt es quasi nicht mehr. Die ganze Ernährungsindustrie ist sehr stark zusammengeschrumpft. Die ehemals so wichtige Elektroindustrie hat auch viele Sparten abgebaut. Wenn man alles aufzählen würde, was nach der Wende so schloss, wäre die Liste fast genauso lang wie bei Ostberliner Kombinaten.

Martin Gornig ist Forschungsdirektor für Industriepolitik in der Abteilung Unternehmen und Märkte im DIW Berlin.
Interview in **Die Tageszeitung (taz)**,
3. Oktober 2025

Das vollständige Interview ist **hier** zu finden.



Der Mindestlohn sollte Wachstum fördern

Geraldine Dany-Knedlik und Marcel Fratzscher

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland könnte einen wichtigen Wendepunkt erreicht haben – erste Lichtblicke sind deutlich erkennbar. Insbesondere der Kurswechsel der Bundesregierung mit ihrer Ankündigung eines Investitionspakets von 500 Milliarden Euro über zwölf Jahre sowie einer Reform der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben könnte der entscheidende Impuls für den lang erwarteten wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland sein.

Die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft ist durchwachsen – aber bei Weitem nicht so schlecht wie die Stimmung. Viele Sektoren des verarbeitenden Gewerbes haben sich stabilisiert, allerdings trübte sich die Zuversicht gerade bei Dienstleistungssektoren zuletzt deutlich ein und auch die private Konsumnachfrage war und bleibt eine Achillesferse. Nach einem nur leichten Wachstum in diesem Jahr erwarten wir für 2026 eine starke Erholung mit einem Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent. Dieser Optimismus beruht auf drei zentralen Argumenten:

Erstens: Das Investitionspaket der Bundesregierung von 500 Milliarden Euro über zwölf Jahre und die Mehrausgaben für Verteidigung dürften bereits 2026 einen wichtigen Impuls setzen. Die DIW-Prognose unterscheidet sich von anderen Prognosen vor allem durch die Annahme des sogenannten Multiplikatoren. Dieser könnte für öffentliche Investitionen bei zwei liegen – jeder Euro an staatlichen Investitionen löst demnach einen zusätzlichen Euro an Investitionen beziehungsweise Konsum aus. Für andere Verwendungszwecke der öffentlichen Mehrausgaben wie

Konsum und Subventionen sind gerade in Zeiten der Unterauslastung Multiplikatoren von eins oder wenig mehr wahrscheinlich.

Ob eine so starke wirtschaftliche Erholung auch durch das Investitionspaket möglich sein wird, hängt von zentralen Voraussetzungen ab: Zum einen muss das Geld tatsächlich für zusätzliche Investitionen und nicht für Konsumausgaben verwendet werden. Zum anderen müssen öffentliche Institutionen – insbesondere die Kommunen – schnell und effektiv Kapazitäten schaffen, um die zusätzlichen Gelder sinnvoll für Investitionsprojekte einzusetzen

Es liegt an Bund, Ländern und Kommunen

Auch muss der Privatsektor, insbesondere die Bauwirtschaft, weitere Kapazitäten aufbauen, damit die öffentlichen Investitionen nicht primär zu Preissteigerungen, sondern zu zusätzlicher Aktivität und privaten Investitionen führen. Es liegt nun an Bund, Ländern und Kommunen, diese Chance zu nutzen.

Zweitens: Ab 2026 dürften sich die Finanzierungsbedingungen weiter verbessern – durch Zinssenkungen der EZB sowie durch verfügbare Kapazitäten in der Privatwirtschaft, da die deutsche Wirtschaft nach Jahren der Stagnation noch immer deutlich unter ihrem Potenzial produziert.

Höhere Löhne regen Konsum an

Und drittens: Die deutlichen Lohnerhöhungen der vergangenen Monate lassen eine ordentliche Erholung der privaten Konsumnachfrage erwarten. Besonders wenn sich die Bundesregierung auf eine Anhebung des Mindestlohns auf 14 oder 15 Euro einigen sollte, dürfte die Konsumnachfrage und damit das Wachstum in den kommenden Jahren deutlich zunehmen.

Denn ein höherer Mindestlohn wirkt stärker auf die Konsumnachfrage als Lohnerhöhungen bei Spitzenverdienerinnen und -verdienern, da Menschen in unteren Einkommensgruppen nahezu jeden zusätzlichen Euro ausgeben. Gleichzeitig zeigen die Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre, dass ein höherer Mindestlohn weder die Arbeitslosigkeit noch die Inflation signifikant erhöht.

Trump bleibt ein Risiko

Auch wenn der Optimismus für 2026 und 2027 überwiegt, müssen wir uns der weiterhin erheblichen Risiken bewusst sein. Eine Eskalation im Handelskonflikt mit den USA zeichnet sich zunehmend ab. Dies könnte die ohnehin geschwächten deutschen Exportunternehmen empfindlich treffen und 2025 kurzfristig zu einem erneuten Schrumpfen der deutschen Wirtschaft führen.

Ein zweites Risiko ist die Unsicherheit über die Finanzstabilität und mögliche Turbulenzen auf den Finanzmärkten – ausgelöst durch die Steuer- und Handelspolitik von US-Präsident Donald Trump. Seine Steuererleichterungen könnten die Staatsverschuldung in den USA gefährlich erhöhen und Turbulenzen an den globalen Kapitalmärkten auslösen.

Ein drittes Risiko ist eine erneute politische Blockade in Deutschland und Europa. Die neue Bundesregierung hat viele richtige Signale gesendet, muss nun aber dringend die Haushalte für 2025 und 2026 verabschieden und dabei nicht nur eine klare Zukunftsvision präsentieren, sondern auch interne Konflikte – vor allem bei Steuern und Sozialausgaben – lösen.

Geraldine Dany-Knedlik ist Konjunkturchefin des DIW Berlin. **Marcel Fratzscher** ist Präsident des DIW Berlin.
Gastbeitrag bei **t-online.de**, **13. Juni 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Die Aufstiegsgesellschaft wohnt zur Miete

Philipp M. Lersch und Marcel Fratzscher

Wer heute in Deutschland ein Eigenheim besitzt, verdankt das häufig nicht der eigenen Arbeit, sondern den Eltern. Das zeigt eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin: Kinder von Immobilieneigentümern haben eine höhere Chance, selbst einmal Eigentum zu haben. Wer aus einer Mieterfamilie stammt, hat diese Chance kaum. Damit wird deutlich: Der Wohnungsmarkt ist nicht nur eine Frage des Einkommens, sondern der Herkunft – ein Prüfstein für die soziale und generationelle Gerechtigkeit in unserem Land. Ausgerechnet in einem Land, das sich gern als Aufstiegsgesellschaft begreift.

Gut die Hälfte des gesamten privaten Vermögens in Deutschland ist geerbt oder verschenkt, nicht selbst erwirtschaftet. Und nirgendwo zeigt sich das deutlicher als beim Wohneigentum. Das Eigenheim ist für viele Familien die zentrale Form der Vermögensbildung und Altersvorsorge – aber der Weg dorthin ist für die junge Generation steinig. Wer Wohneigentum erwerben will, braucht vor allem eines: Eltern, die schon welches haben.

Denn Eigentum wird nicht nur klassisch durch Erbschaften oder Schenkungen weitergegeben. Wohlhabende Eltern helfen oft schon früher – indem sie für Kredite bürgen, zinslose Darlehen vergeben oder das nötige Eigenkapital beisteuern. Wer selbst ein abbezahltes Haus besitzt, hat im Alter meist geringere Wohnkosten und damit finanziellen Spielraum, die eigenen Kinder zu unterstützen. Eltern, die zur Miete wohnen, können das selten.

Selbst mit Eltern in Wohneigentum ist der Kauf erschwert

Die neue Studie des DIW Berlin zeigt auch, dass die soziale Mobilität beim Wohneigentum in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen hat. Das heißt, immer mehr Menschen leben anders als ihre Eltern – zumindest, was den Besitz von Immobilien angeht. In den 1950er-Jahrgängen lag die Wahrscheinlichkeit, Wohneigentum zu besitzen, um 24 Prozentpunkte höher, wenn auch die Eltern Eigentümer waren. Bei den in den 1980ern Geborenen sind es nur noch 15 Prozentpunkte. Das ist zwar ein Rückgang, aber immer noch ein deutliches Zeichen dafür, wie stark die Herkunft zählt.

Zugleich zeigen die Daten eine andere Entwicklung: Immer mehr Kinder von Eigentümern schaffen es selbst nicht mehr ins Eigentum. Bei Kindern von Mietern gibt es weiterhin kaum Chancen auf den Aufstieg. Das ist doppelt problematisch, denn selbst vererbte Privilegien verlieren an Wert, während die Aufstiegschancen der Nicht-Privilegierten stagnieren. In Summe wächst die Ungleichheit zwischen jenen, die Immobilien besitzen, und jenen, die dauerhaft Mieter bleiben.

In kaum einem anderen europäischen Land hängt das Wohneigentum so stark von den Eltern ab wie in Deutschland. Das ist kein Zufall. Unser Mietmarkt bietet relativ gute rechtliche Sicherheit, während die Hürden zum Eigentum hoch sind: strenge Eigenkapitalanforderungen, steigende Preise, ein späterer Berufseinstieg und wenig steigende Realeinkommen in den unteren Einkommensschichten. Zwischen 2011 und 2023 sind die Immobilienpreise im Schnitt um 77 Prozent gestiegen, während die Realeinkommen durchschnittlich um nur rund 15 Prozent zulegten. Für junge Menschen ohne familiäres Vermögen ist der Traum vom Eigenheim oft nur noch eine Illusion.

Generationengerechtigkeit in der Schieflage

Dass sich immer weniger junge Menschen Eigentum leisten können, ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern ein gesellschaftliches Problem. Wohneigentum kann für viele

Sicherheit, Stabilität und die Chance auf Vermögensaufbau bedeuten. Wer Eigentum besitzt, schafft für sich und seine Kinder Reserven. Wenn Eigentum aber fast nur noch durch Erbschaften oder familiäre Unterstützung entsteht, verfestigt sich Ungleichheit über Generationen hinweg.

Diese Schieflage stellt auch die Idee der Generationengerechtigkeit infrage: Die junge Generation soll die Renten, Schulden und Klimakosten der Älteren tragen – und steht zugleich ohne oder mit wenig eigenem Vermögen da. Besonders alarmierend ist, dass Kinder aus Mieterfamilien in Deutschland nicht nur seltener Eigentum erwerben, sondern dass selbst ein wachsender Teil der Kinder von Eigentümern den Schritt ins eigene Heim nicht mehr schafft. Für die Generation der heute 30- bis 40-Jährigen ist Wohneigentum in den Städten nahezu unerreichbar geworden, selbst mit gutem Einkommen.

Was zu tun ist

Die Politik darf nicht länger so tun, als sei das Eigentum allein eine Frage der persönlichen Leistung. Sie muss Strukturen ändern, die Ungleichheit verfestigen. Dafür sind drei Ansätze zentral:

1. Eigenkapitalhürden abbauen
Staatliche Programme zur Eigentumsförderung helfen bislang vor allem jenen, die ohnehin kaufen könnten. Statt teurer Subventionen wie der früheren Eigenheimzulage braucht es gezielte Instrumente für Haushalte mit mittleren und unteren Einkommen: staatliche Bürgschaften, Zuschüsse zum Eigenkapital oder zinsvergünstigte Kredite für Erstkäufer ohne familiäre Hilfe. Solche Modelle gibt es etwa in Österreich oder Kanada. Das DIW Berlin hat ein Modell des Mietkaufs vorgeschlagen, bei dem der Staat jungen Menschen das Eigenkapital zum Eigenheimerwerb zu günstigen Konditionen vorschießt.

2. Faire Besteuerung von Erbschaften und Immobilienvermögen
Wer erbt, wird in Deutschland steuerlich geschont – mit hohen Freibeträgen und zahlreichen Ausnahmen. Das belohnt Besitz und bestraft Leistung. Eine gerechtere Erbschaftsteuer und eine Grundsteuer, die unverdiente Bodenwertgewinne stärker abschöpft, könnten dazu beitragen, Vermögen gerechter zu verteilen und den Wohnungsbau zu finanzieren.

3. Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen
Die Eigentumsfrage darf nicht isoliert betrachtet werden. Entscheidend ist, dass Wohnen insgesamt bezahlbar bleibt – unabhängig vom Eigentum. Das erfordert mehr sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau, eine stärkere Bodenpolitik der Kommunen und den Ausbau genossenschaftlicher Modelle, die langfristig stabile Mieten garantieren. Nur so bleibt Wohnen ein Grundrecht und kein Luxusgut.

Wohnen als Gradmesser für Gerechtigkeit

Das Zuhause ist mehr als ein Dach über dem Kopf – es ist Ausdruck sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Teilhabe. Wenn sich Eigentum vor allem vererbt, verlieren wir als Gesellschaft an Durchlässigkeit. Die Frage, wer in Deutschland wo und wie wohnt, entscheidet sich nicht nur nach Leistung oder Fleiß, sondern nach der Geburt.

Deutschland hat in den vergangenen Jahrzehnten viel getan, um soziale Sicherheit zu bewahren. Aber bei der Vermögensbildung und beim Wohnen droht uns ein Rückschritt. Die junge Generation braucht eine faire Chance, Vermögen aufzubauen – nicht über Spekulation, sondern über bessere Startbedingungen.

Eine Gesellschaft, die Aufstieg verspricht, muss diesen Aufstieg auch ermöglichen. Wohneigentum darf kein Privileg der Erben bleiben.

Philipp M. Lersch ist Leiter der Forschungsgruppe „Life Course and Inequality" in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin.
Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Kolumne bei **Die Zeit**, **31. Oktober 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.



Eine Kita-Pflicht sollte kein Tabu mehr sein

Jascha Dräger und Marcel Fratzscher

In kaum einem Industrieland sind die Bildungschancen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Trotz eines größtenteils öffentlichen Bildungs- und Betreuungssystems hängen die Bildungschancen in Deutschland stärker von der sozialen Herkunft – insbesondere der Bildung und dem Einkommen der Eltern – ab als in vielen anderen Ländern. Eine neue Studie zeigt, wie stark der Schlüssel für diese Ungleichheit in der frühkindlichen Bildung liegt.

Deutschland hat ein doppeltes Problem mit seinem Bildungssystem: Zum einen nehmen Kompetenzen ab; zum anderen ist die Ungleichheit im Bildungsniveau bei Kindern und Jugendlichen groß und hat sich in den vergangenen 20 Jahren auch kaum verändert – so die Pisa-Studien der OECD. Das Niveau bei den Fähigkeiten in Bezug auf Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften nimmt seit gut zehn Jahren stetig weiter ab.

Eltern stehen unter großem Druck

Das deutsche Bildungssystem steckt fest. Es ist unfähig, sich mit der Zeit und den Veränderungen in Arbeitsmarkt, Medien und Gesellschaft weiterzuentwickeln und den Anforderungen gerecht zu werden. Die Beharrungskräfte bei Politik, Eltern und den Bildungseinrichtungen sowie die häufig mangelnde Transparenz und Rechenschaft machen Reformen allzu häufig unmöglich.

Einer der Hauptgründe für die zunehmende Ungleichheit der Bildungschancen liegt in den Veränderungen am Arbeitsmarkt und im Familienmodell, vor allem in Westdeutschland. Elternpaare stehen unter großem Druck, dass beide berufstätig sind. Befragungen zeigen, dass beide Eltern sich dies wünschen und gleichermaßen hohen Wert auf eine berufliche Karriere legen. Im internationalen Vergleich ist dieser Wunsch nicht ungewöhnlich. Deutschland unterscheidet sich jedoch von den meisten anderen westlichen Demokratien dadurch, dass das Bildungs- und Betreuungssystem in Deutschland sehr viel Verantwortung an die Eltern übergibt. Obwohl seit mehr als zehn Jahren ein rechtlicher Anspruch auf einen Kitaplatz besteht, haben ein Fünftel der Familien mit ein- bis zweijährigen Kindern keinen Platz. Auch bei drei- bis fünfjährigen Kindern und Grundschulkindern ist der Bedarf an Betreuungsplätzen nicht vollständig gedeckt.

Auch an der Qualität mangelt es häufig, sodass die Eltern schulische Defizite kompensieren müssen. Eltern mit guter Bildung und starkem Einkommen können dies meist sehr viel besser. So haben knapp die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen im Alter von 15 Jahren bereits Nachhilfeunterricht bekommen. Diese Hälfte lebt jedoch größtenteils in Haushalten mit hohen Einkommen, in denen die Eltern sich die Kosten leisten können.

Der Schaden ist enorm

Zum anderen ist die Ungleichheit bei Bildungschancen und Abschlüssen in Deutschland größer als in den meisten anderen Industrieländern. Etliche Studien haben gezeigt, dass Abschlüsse und Bildungserfolge ungewöhnlich stark von der sozialen Herkunft, also insbesondere von Einkommen und Bildung der Eltern, abhängen. 75 Prozent der Kinder, deren Eltern Abitur haben, besuchen ein Gymnasium, jedoch nur 28 Prozent der Kinder, deren Eltern kein Abitur haben. Fast die Hälfte des Einkommens im Berufsleben wird durch den Familienhintergrund erklärt.

Der Schaden durch die hohe Ungleichheit der Bildungschancen für Wirtschaft und Gesellschaft ist enorm. Knapp 50.000 junge Menschen gehen jedes Jahr ohne Schulabschluss von der Schule – eine hohe Zahl. Der Lebensweg von vielen von ihnen ist somit vorgezeichnet. Die Arbeitslosenquote derjenigen ohne Berufsabschluss liegt bei mehr als 20 Prozent, die von denen ohne Schulabschluss liegt noch deutlich darüber. Prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit führen zu einer schlechteren Gesundheit, weniger Zufriedenheit und Glück sowie einer geringeren Autonomie. Allzu oft führt dies in einen Teufelskreis, und es heißt: »Armut vererbt sich«. Die kommenden Generationen haben eine viel höhere Wahrscheinlichkeit, selbst mit wenig Bildung und Einkommen ihrer Chancen beraubt zu werden und in Armut zu landen. Und auch für den Sozialstaat sind die dadurch verursachten Kosten enorm.

Die frühkindliche Bildung ist der Schlüssel

Umgekehrt ist der potenzielle Nutzen eines besseren Bildungssystems, das vor allem mehr Chancengleichheit schafft, groß. Intelligenz sowie kognitive und nicht kognitive Fähigkeiten sind kaum genetisch bedingt, sondern vor allem durch das Umfeld und das eigene Elternhaus geprägt. Die geringe Mobilität bei Bildungschancen bedeutet, dass viele junge Menschen ihre Fähigkeiten und Talente nicht voll entwickeln und nutzen können. Dadurch entgeht auch der Wirtschaft ein riesiges Potenzial an Fachkräften, die in Zeiten des demografischen Schrumpfens dringender denn je benötigt werden. Mehr und besser qualifizierte Fachkräfte bedeuten Innovation und Wachstum, bessere Arbeitsplätze und eine höhere Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft.

Eine neue Studie des DIW Berlin zeigt, dass der Schlüssel in der frühkindlichen Bildung liegt. Die Analysen ergeben, dass die soziale Herkunft in Deutschland einen beträchtlichen Teil der Ungleichheit im Bildungserfolg vor allem in den ersten Lebensjahren erklärt. So werden 20 Prozent der Sprach- und 14 Prozent der Mathematikkompetenzen von Siebenjährigen in Deutschland allein durch Bildung und Einkommen der Eltern erklärt. Dies ist deutlich mehr als in anderen Industrieländern.

Besonders erschreckend ist der Vergleich mit den USA: Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und sprachlichen Kompetenzen ist in Deutschland noch stärker als in den USA (in Deutschland gehen 20 Prozent der Unterschiede auf die soziale Herkunft zurück, in den USA 12 Prozent). Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Mathematikkompetenzen ist in Deutschland genauso stark wie in den USA (jeweils 14 Prozent). Die Einkommensungleichheit ist in den USA deutlich größer als in Deutschland, ein großer Teil des Bildungssystems in den USA ist privat organisiert, und auch bei öffentlichen Schulen sind die Einkommen der Eltern durch Abgaben und direkte finanzielle Beiträge wichtig. Und trotzdem spielt die soziale Herkunft in Deutschland eine noch größere Rolle als in den USA.

Deutlich geringer ist die Ungleichheit in unserem Nachbarland Frankreich, wo nur sechs beziehungsweise sieben Prozent der Sprach- und Mathematikkompetenzen durch die soziale Herkunft erklärt werden – also knapp ein Drittel beziehungsweise halb so viel wie in Deutschland. Dies ist ein klägliches Versagen des deutschen Bildungs-

systems. Besorgniserregend ist das Resultat der Studie vor allem auch deshalb, weil diese Unterschiede schon am Anfang des Bildungsweges und nicht erst am Ende auftreten. Denn große Rückstände bei Sprach- und Mathekompetenzen in jungen Jahren haben große und häufig irreversible Schäden für die Bildungschancen der Kinder.

Dies unterstreicht die Dringlichkeit, dass Politik und Gesellschaft einen Kurswechsel in der frühkindlichen Bildung vornehmen müssen. Der Wirtschaftsnobelpreisträger James Heckman hat gezeigt, dass die Bildungsrenditen in der frühkindlichen Bildung zwei- bis dreimal höher liegen als später im Bildungsweg und in der tertiären Bildung, also den Hochschulen. Mit anderen Worten: Jeder investierte Euro in die frühkindliche Bildung schafft deutlich mehr wirtschaftlichen Nutzen für die Gesellschaft als ein Euro, der später im Bildungsweg investiert wird. Und Deutschland investiert pro Kopf deutlich weniger in die frühkindliche Bildung, als beispielsweise Frankreich und die skandinavischen Länder.

Eltern benötigen mehr Informationen

Politik und Gesellschaft sollten in Deutschland eine Kehrtwende vornehmen. Erstens sollten sie einen massiven Ausbau der Kitas mit hoher Qualität und einem flächendeckenden Angebot umsetzen. Alle Eltern, vor allem an sozial- und strukturschwächeren Orten, müssen von den ersten Monaten an ein gleichermaßen exzellentes Kita-Angebot haben. Aufgrund der großen Bedeutung von frühkindlicher Bildung ist es schwer nachvollziehbar, warum ein Universitätsstudium nahezu kostenlos angeboten wird, während Kitas mancherorts kostenpflichtig bleiben.

Zweitens brauchen Eltern Informationen über die Angebote und mehr Wissen über die zentrale Bedeutung der frühkindlichen Bildung für ihre Kinder. Eltern sind keine Rabeneltern, wenn sie ihre Kinder von klein auf in die Kita geben. Die Betreuung und Zeit mit den Eltern sind natürlich unersetzlich wichtig, aber Kinder benötigen auch Zeit im sozialen Umfeld in den Kitas.

Drittens sollten Überlegungen angestellt werden, dem Beispiel Frankreichs zu folgen und Kitas in Vorschulen umzuwandeln und in den letzten Jahren vor dem Schulbesuch verpflichtend zu machen. Wichtig hervorzuheben ist, dass diese Vorschulpflicht alle Kinder in Frankreich betrifft und nicht nur Kinder mit Sprachproblemen, wie es häufig in Deutschland diskutiert wird.

Für die allermeisten wäre eine Pflicht keine Einschränkung

Zum einen, damit die in der Studie gefundenen Unterschiede bei Sprach- und Mathekompetenzen reduziert werden. Zum anderen, um allen Kindern das notwendige Rüstzeug für ihre eigene Entwicklung zu geben.

Eine Gesellschaft sollte vorsichtig mit solchen Pflichten und Einschränkungen der Freiheiten sein. Die Tatsache jedoch, dass acht Prozent der vierjährigen und sechs Prozent der fünfjährigen Kinder nicht in die Kita gehen, ist auch deshalb ein Problem, da es häufig genau diese Kinder sind, die von den Kitas besonders stark für ihre Bildungschancen profitieren. Und für die Eltern der anderen 92 Prozent ist eine solche Pflicht keine Einschränkung.

Auch die aktuellen Debatten um das Bürgergeld sollten die Folgen für Kinder miteinbeziehen. So zeigte sich bereits, dass sich die Bildungschancen von Kindern mit arbeitslosen Eltern nach der Einführung von Hartz IV weiter verschlechtert haben.

Wir brauchen dringend eine Kehrtwende in der frühkindlichen Bildung, die Kindern zu Beginn ihrer Schulausbildung wieder die adäquate Voraussetzung für den Bildungserfolg gibt – aber auch, um die Ungleichheit der Bildungschancen nicht schon frühzeitig zu vergrößern und es vielen Kindern schwerzumachen, ihre eigenen Talente und Fähigkeiten zu entwickeln. Die Lösungen liegen auf der Hand. Doch Politik, Bildungseinrichtungen und vor allem auch die Eltern müssen mutig und konsequent handeln, um diese umzusetzen.

Jascha Dräger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin. **Marcel Fratzscher** ist Präsident des DIW Berlin.
Kolumne bei **Die Zeit**, **4. April 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Neue Grundsicherung: Schmaler Grat zwischen Fordern und Überfordern

Jürgen Schupp

Die schwarz-rote Koalitionsspitze hat sich auf die Rückabwicklung von Teilen der gesetzlichen Bürgergeldregelungen geeinigt. Im Zentrum stehen die Mitwirkungspflichten bei der künftigen „Grundsicherung für Erwerbsfähige", wie es fortan anstelle von Bürgergeld heißen soll. Wer sich nicht an die Mitwirkungspflichten hält, muss mit Konsequenzen rechnen. Künftig werden Leistungen bereits beim ersten Verstoß um 30 Prozent gekürzt. Das bisherige Stufenmodell mit einer schrittweisen Erhöhung von erst zehn, dann 20 und erst danach 30 Prozent wird also durch sofort härtere Sanktionen ersetzt. Zudem wurde verabredet, dass nicht nur die Geldleistungen, sondern in einem letzten Schritt auch die Übernahme der Wohnkosten vollständig eingestellt werden können. Die Koalition bewegt sich damit auf einem verfassungsrechtlich sehr schmalen Grat zwischen Fordern und möglichen Überfordern von Menschen in einer schwierigen Lebenslage.

Das Bundesverfassungsgericht hat im November 2019 klargestellt, dass Sanktionen nur dann verfassungsgemäß sind, wenn die Minderung der Leistungen nach wiederholten Pflichtverletzungen innerhalb eines Jahres 30 Prozent des Regelbedarfs nicht übersteigt. Zudem wurden Sanktionen als unverhältnismäßig eingeordnet, wenn die Sanktionsdauer von drei Monaten nicht verkürzt werden kann, sobald der*die Leistungsberechtigte seine*ihre Mitwirkung nachholt oder die ernsthafte Bereitschaft dazu erklärt. Das Gericht hat weiterhin verdeutlicht, dass die Mitwirkung das Ziel der Sanktion ist. Deshalb muss auch deren Nachholung entsprechend gewürdigt werden. Zudem werden sich Jobcenter-Beschäftigte auch künftig vergewissern müssen, dass der Grund für die Vernachlässigung von Mitwirkungspflichten zweifelsfrei nicht darin liegt, dass der Leistungsbeziehende in einer sehr tiefen gesundheitlichen oder psychischen Problemlage steckt, wegen eines plötzlichen Krankenhausaufenthalts nicht erreichbar ist oder andere triftige Gründe vorliegen.

Eine bereits derzeit in vielen Jobcentern genutzte juristische Hilfsbrücke, um verwaltungsaufwendige Leistungsminderungen zu umgehen, ist die „vorläufige Leistungseinstellung". Dieses in der Fachöffentlichkeit wenig bekannte, aber gleichwohl häufig praktizierte Verfahren fußt allerdings auf einer Reihe an Annahmen. Gemeinsam ist diesen Annahmen die „vermeintliche" Kenntnis darüber, dass die Voraussetzungen für den Bezug der Grundsicherung überhaupt nicht mehr vorliegen. Dies erlaubt dann auch den Wegfall oder ein Ruhen des Anspruchs. Im Gegensatz zu sanktionsbedingten Kürzungen müssen die Leistungen unverzüglich nachgezahlt werden, sobald der Grund wegfällt oder sich die getroffene Annahme als nicht zutreffend herausstellt.

Vor diesem Hintergrund wird es im für den Herbst anstehenden Gesetzgebungsverfahren sehr genau auf die konkrete Ausformulierung ankommen. Der Knackpunkt dürfte sein, ob sich die geplanten vollständigen Leistungskürzungen allein auf Vermutungen stützen werden oder Wissen und Fakten seitens der Jobcenter voraussetzen und die verfassungsmäßigen Beschränkungen erfüllt bleiben. Denn es wäre nichts gewonnen, wenn neue Rechtsnormen geschaffen würden, die zwar vordergründig zu Einsparungen staatlicher Leistungen führen, aber durch eine sprunghaft steigende Zahl an Widersprüchen und sozialrechtlichen Prozessen mehr als kompensiert würden.

Doch selbst wenn es gelingt, eine verfassungskonforme „Anschärfung" der Mitwirkungspflichten im Neuen Grund-

sicherungsgesetz mit Wirkung zum Frühjahr 2026 zu verankern, wird dies – bestenfalls – nur zu geringen Einsparungen im Bundeshaushalt führen. Ein Blick auf die soziodemografische und qualifikatorische Struktur der gegenwärtig rund 5,4 Millionen Leistungsberechtigten sowie die sehr hohe Quote diverser Vermittlungshemmnisse bei der Gruppe der Arbeitslosen, die dem Arbeitsmarkt unmittelbar zur Verfügung stehen, lässt den Schluss zu: Es scheint wenig wahrscheinlich, dass es im Jahr 2026 gelingen wird, eine sechsstellige Zahl von Personen aus dem Leistungsbezug in Beschäftigung vermitteln zu können.

Jürgen Schupp ist Wissenschaftler in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin.
Kommentar im **DIW Wochenbericht 42/2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.



Auswirkungen für Austragungsorte Olympischer Spiele: „Ein Selbstläufer ist das nicht“

Geraldine Dany-Knedlik beschreibt im ZDF-Morgenmagazin anlässlich möglicher Olympia-Bewerbungen aus Deutschland, was Gastgeberstädte Olympischer Spiele wirtschaftlich von der Großveranstaltung haben – und was nicht.

„Die Studienlage ist eindeutig: Für ganz Deutschland ist gesamtwirtschaftlich nicht mit einem besonders gestärkten Wirtschaftswachstum zu rechnen. Aber es gibt Studien, die belegen, dass die ausrichtende Region positive wirtschaftliche Effekte erfährt – und zwar kurzfristig.“

Geraldine Dany-Knedlik ist Konjunkturchefin des DIW Berlin. TV-Interview im **ZDF-Morgenmagazin**, **27. Oktober 2025**

Der TV-Auftritt ist **hier** zu sehen.

Zeit für Europa, beim IWF umzudenken

Lukas Menkhoff

Mit dem überraschenden Rücktritt der Vizedirektorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Gita Gopinath, und der voraussichtlichen Neubesetzung des Postens durch die USA kommen alte Konflikte um die Macht im IWF wieder auf die Tagesordnung. Die Entwicklungs- und Schwellenländer fordern seit Jahrzehnten eine stärkere Beteiligung. Die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika und weitere) haben dies auf ihrem letzten Treffen aufgegriffen und einen eigenen Vorschlag gemacht, der ihren Einfluss stärken soll. Jetzt meldet sich die US-Regierung und möchte ihrerseits den Einfluss ausweiten. In diesem Gerangel sind die Europäer kaum zu hören, zumal sie beim IWF nicht als Europäische Union, sondern als Einzelstaaten auftreten.

Der Hebel für Macht im IWF sind die dortigen Stimmrechte. Diese werden nach einer komplizierteren Formel verteilt, die die wirtschaftliche Größe der Länder reflektiert. Letztlich profitieren von dieser Formel vor allem die westlichen Industrieländer, allen voran Europa. Allein Deutschland hat mit einem Anteil von 5,3 Prozent das gleiche Stimmrecht wie alle 55 afrikanischen Länder zusammen mit geschätzt 1,7 Milliarden Menschen schon im Jahr 2030. Das zieht den nachvollziehbaren Unmut des Globalen Südens auf sich.

Die Vereinten Nationen (UN) hatten bereits 2023 einen Vorschlag formuliert, der auch eine geänderte Verteilung der Stimmrechte beinhaltet. Da in UN-Gremien jedes Land eine Stimme hat, wird diese Stellungnahme von den Interessen kleinerer und ärmerer Länder dominiert. Diese Entwicklungsländer wachsen schneller als die reicheren Länder, so dass sie gleich doppelt auf mehr Stimmgewicht drängen: Zum einen fordern sie Gleichberechtigung ein (gleiche Stimme für alle), zum anderen erwarten sie die zügige Berücksichtigung ihres wachsenden Gewichts, wobei sie dies auch an der Bevölkerungsgröße festmachen.

Mehr Gewicht für kleine Länder

Der BRICS-Vorschlag plädiert wie der UN-Vorschlag dafür, dass die Stimmrechte zu einem größeren Teil als bisher gleich verteilt werden, so dass auch kleine Länder von vornherein mehr Gewicht bekommen. Die Hauptverteilung der Stimmrechte, die die Größe der Länder spiegelt, soll dem Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparität gerechnet folgen. Letzteres nützt vor allem den größeren Schwellenländern.

Dass nun die USA noch mehr Macht im IWF fordern, ist Wasser auf die Mühlen der Schwellenländer. Die USA haben schon heute mit Abstand die meisten Stimmrechte (16,5 Prozent), dadurch bestimmen sie den Ort des IWF (Washington), verfügen als einziges Land über ein faktisches Veto und besetzen bisher immer die Vize-Position im IWF. Dies wird auch jetzt nach dem überraschenden Rücktritt der Vizepräsidentin erwartet. Dass von der Trump-Administration ein Einlenken in Richtung der Entwicklungs- und Schwellenländer erfolgt, ist unter der „America first"-Politik nicht zu erwarten.

Umso wichtiger ist es nun, dass Europa und Deutschland ihr Interesse an einer multilateral geordneten Welt einbringen. Dabei kommt dem IWF als Institution, die bei währungspolitischen und gesamtwirtschaftlichen Angelegenheiten Gehör findet und Einfluss hat, eine wichtige Rolle zu. Diese kann der IWF aber nur ausüben, wenn er in der Welt anerkannt bleibt. Dazu muss seine Governance aber auch die tatsächlichen Gewichte in der Weltwirtschaft berücksichtigen.

Europa muss proaktiv handeln

Es ist höchste Zeit für Europa, umzudenken und zu handeln, da sonst die Glaubwürdigkeit des IWF leidet und der Währungsfonds auseinanderzubrechen droht. Dass das westliche Europa immer noch rund ein Drittel der Stimmrechte kontrolliert und seit 1946 alle zwölf IWF-Chefs gestellt hat, entsprach vielleicht der Welt von vor 80 Jahren, aber heute ist es ein Anachronismus. Eine weltweit akzeptable Stimmrechtsanpassung wird also zur Folge haben, dass der europäische Einfluss massiv zurückgeht und die westlichen Länder keine Mehrheit mehr haben. Dies wird Europa aber hinnehmen müssen.

Deutschland und Europa sollten also proaktiv handeln, indem sie auf den UN-Vorschlag eingehen. Danach würden die kleineren Länder überall auf der Welt sowie die ärmeren und bevölkerungsreichen Länder (wie in Afrika) deutlich an Gewicht gewinnen. Dafür muss Europa etwas aufgeben. Bisher waren Einigungen bei der Verteilung der Stimmrechte immer politische Kompromisse. Noch ist Europa in der vergleichsweise komfortablen Lage, dass es „abgibt". Damit hat es in Verhandlungen Einfluss, wie die Formel zur Stimmrechtsverteilung geändert wird, um auch eigene Interessen zu wahren.

Solch ein proaktives Vorgehen würde im Erfolgsfall die Lebensdauer des IWF als Hüter einer multilateralen Ordnung verlängern. Der Westen hätte dort immer noch eine starke Stellung.

Lukas Menkhoff ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin.
Gastbeitrag in der **Börsen-Zeitung**, **14. August 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.


UNITED STATES
MEXICO
SD
NE
KS
OK
TX
MO
PIERRE
Sioux Falls
DES MOINES
Omaha
LINCOLN
Kansas City
JEFFERSON CITY
Springfield
Columbia
St. Louis
Rapid City
Badlands
Wind Cave
Mount Rushmore
Niobrara
Valentine
Chadron
Agate Fossil Beds
Alliance
Scottsbluff
Sidney
North Platte
Grand Island
Kearney
Norfolk
Sioux City
Council Bluffs
Missouri
Platte
Topeka
Lawrence
Manhattan
Salina
Hutchinson
Wichita
Hays
McCook
Goodland
Dodge City
Garden City
Liberal
Sand Creek Massacre
CHEYENNE
Laramie
Fort Collins
Greeley
DENVER
Boulder
Colorado Springs
Pueblo
Trinidad
Raton
Tulsa
Bartlesville
Joplin
Springfield
Fayetteville
Muskogee
Fort Smith
Ponca City
Enid
Woodward
OKLAHOMA CITY
Edmond
Norman
Shawnee
Lawton
Ardmore
Chickasaw
Sherman
Dallas
Fort Worth
Arlington
Arkansas
Cimarron
Guymon
Clayton
Las Vegas
Santa Fe
Albuquerque
Gallup
Farmington
Durango
Grand Junction
Montrose
Telluride
Aspen
Vail
Glenwood Springs
Steamboat Springs
Craig
Meeker
Rangely
Vernal
Price
Moab
Cortez
Monticello
Blanding
Kayenta
Monument Valley
Four Corners
Navajo Nation
Chinle
Window Rock
Gallup
Zuni
Grants
Los Alamos
Taos
Raton
Clayton
Tucumcari
Roswell
Carlsbad
Hobbs
Artesia
Alamogordo
Las Cruces
El Paso
Deming
Silver City
Truth or Consequences
Socorro
Belen
Los Lunas
Rio Rancho
Bernalillo
Santa Rosa
Tucumcari
Clovis
Portales
Lovington
Eunice
Jal
Hobbs
Carlsbad
Roswell
Artesia
Alamogordo
Las Cruces
El Paso
Deming
Silver City
Truth or Consequences
Socorro
Belen
Los Lunas
Rio Rancho
Bernalillo
Santa Rosa
Tucumcari
Clovis
Portales
Lovington
Eunice
Jal

Donald Trump und die wirtschaftlichen Folgen

US-Handelspolitik schwächt die Weltwährung Dollar

Lukas Menkhoff

Die US-Regierung strebt mit hohen Zöllen den Ausgleich ihrer bilateralen Handelsbilanzdefizite an. Diese Politik ist für sich genommen schon problematisch genug. Was aber oft vernachlässigt wird, ist die Tatsache, dass ein Handelsbilanzdefizit immer mit einem Kapitalimport einhergeht. Die USA kaufen also nicht nur viele Waren im Ausland, sie verschulden sich dafür auch entsprechend; anders ausgedrückt, investiert das Ausland Kapital in den USA. Nettoimporte von Gütern und Kapital gehen zwingend Hand in Hand, sie sind zwei Seiten einer Medaille.

Wären die Vereinigten Staaten ein beliebiges Land mit einem zu großen Handelsbilanzdefizit, so würde eine Regierung bei Vollbeschäftigung vermutlich zuerst das Haushaltsdefizit reduzieren. Dies aber möchte die US-Regierung keinesfalls, eher das Gegenteil. Deshalb verfolgt sie die Idee, die Handelsbilanz mittels radikal erhöhter Zölle auszugleichen.

Das Problem: Die Vereinigten Staaten sind keine normale Volkswirtschaft, sondern sie geben mit dem Dollar die Weltwährung heraus. Weltwährung bedeutet, dass Menschen rund um die Welt Dollar verwenden, nicht nur innerhalb Amerikas. Ein Großteil der weltweiten Devisenreserven wird noch in Dollar gehalten. Der Dollar dominiert die internationalen Finanzmärkte. Viele Handelsströme werden in Dollar fakturiert und abgerechnet. Die betreffenden Akteure müssen also über Dollar verfügen können. Simpel ausgedrückt, kommt das Ausland in den Besitz von Dollar, indem es den USA Waren (und Dienstleistungen) gegen Dollar verkauft. In der Sprache der Zahlungsbilanz geht der Status einer Weltwährung mit einem Kapitalbilanzüberschuss einher, und dies erzwingt ein Handelsbilanzdefizit (wenn man von Dienstleistungen absieht).

Die Weltwährung zu stellen ist für große Volkswirtschaften erstrebenswert, denn es führt zu einem quasi natürlichen Kapitalzufluss, der das Zinsniveau niedrig und die Währung stark hält. Die internationalen Finanzbeziehungen sind stark asymmetrisch, wobei der Vorteil auf der Seite der Weltwährung liegt. Die amerikanische Zinspolitik gibt den Takt auf den internationalen Finanzmärkten vor. Das liegt zum einen daran, dass die US-Wirtschaft immer noch die größte Volkswirtschaft der Welt ist. Allerdings sinkt ihre relative Bedeutung seit Jahrzehnten. Deshalb ist es für diese Asymmetrie auch zentral, dass der Dollar die Weltwährung ist. Er funktioniert sozusagen wie der Transmissionsriemen, der die amerikanische Politik zum Taktgeber der Weltwirtschaft macht.

Anders als im globalen Handel sind die USA in den internationalen Finanzbeziehungen in einer unerreichten und eigentlich auch ungefährdeten Position. Pointiert gesagt, gibt die US-Wirtschaft aufgrund ihrer eigenen Dynamik die Schocks vor, und der Rest der Welt muss damit klarkommen. Nicht umsonst gilt es als »Privileg«, die Weltwährung zu beheimaten. Diese starke Stellung bringt wirtschaftliche und politische Macht mit sich. Will die US-Regierung diese Macht freiwillig oder gar ungewollt aus der Hand geben? Donald Trump thematisiert diese Seite der Medaille nicht, sondern konzentriert seine Argumente für die radikale Zollpolitik auf Industriearbeitsplätze, die er in die USA holen möchte. Seine Berater sprechen jedoch durchaus von der Weltwährung Dollar. Die damit einhergehende Dominanz soll erhalten bleiben, ebenso wie niedrige Zinsen. Aber der Dollar soll abwerten, um den Ausgleich der Handelsbilanzdefizite zu erleichtern. Wie passt das zusammen?

Am konkretesten ist der sogenannte Mar-a-Lago-Plan, der vorschlägt, dass extreme Devisenmarktinterventionen

den Dollar schwächen sollen. Länder mit großen Dollarreserven, insbesondere ostasiatische oder ölexportierende Länder, aber auch Europa, sollen Hunderte Milliarden US-Dollar verkaufen. In der Kombination von schwächerem Dollar mit Zöllen soll die US-Handelsbilanz ausgeglichen werden. Damit es bei diesen Verkäufen nicht zu einer Kapitalflucht aus den USA kommt, sind Kapitalverkehrsbeschränkungen vorgesehen. Diese grenzen einen Dollarraum vom Rest der Welt ab. Innerhalb des Dollarraums gibt es Zugang zum US-Markt verbunden mit militärischem Schutz. Außerhalb gibt es beides nicht. Ein Element der Kapitalverkehrsbeschränkungen ist die Verpflichtung anderer Länder, ihre verbliebenen Dollarreserven in lang laufenden US-Staatsanleihen zu halten, die niedrig verzinst werden. Die Länder im Dollarraum bezahlen demnach für ihren militärischen Schutz.

Sollte die US-Regierung diesen Weg anstreben, dann gibt sie den Dollar als Weltwährung auf. Er ist dann nur noch im Dollarraum die Leitwährung. Viele Länder werden sich darauf nicht einlassen wollen, schon gar nicht die Rivalen China und Russland. Auch für Europa ist ein begrenzter Dollarraum mit eingeschränktem Kapitalverkehr längerfristig keine interessante Option. Am Ende passt die Weltwährung Dollar weder zu einem durch Zölle erzwungenen Ausgleich der Handelsbilanz noch zu einem Dollarraum ohne freien Kapitalverkehr. Damit geben die USA ihren größten Trumpf aus der Hand.

Lukas Menkhoff ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin.
Gastbeitrag in der **Frankfurter Allgemeinen Zeitung**, **22. April 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.



Kapitalmärkte bringen Trump zur Räson

Kerstin Bernoth und Sara Dietz

Etwas mehr als 100 Tage ist US-Präsident Donald Trump mittlerweile im Amt. In dieser kurzen Zeit hat er bereits viel Porzellan zerschlagen. Doch eines ist ihm bisher nicht gelungen: die Unabhängigkeit der US-Notenbank Fed auszuhebeln. So jedenfalls lässt sich deren jüngste Entscheidung deuten, die Leitzinsen weiter stabil zu halten und nicht dem Druck und der Forderung des US-Präsidenten nach einer raschen Zinssenkung nachzugeben.

Die Finanzmärkte hat Trump in der ersten Phase seiner zweiten Amtszeit mindestens vorübergehend ins Chaos gestürzt. Die Verunsicherung ist spätestens seit Anfang April riesig, als er massive Einfuhrzölle ankündigte. Ein Schritt, der die globale Ordnung ins Wanken brachte. Die internationalen Börsen reagierten auf die Ankündigungen und besonders den Handelskrieg mit China mit einer Vehemenz, wie man sie in den letzten drei Jahrzehnten nur selten erlebt hat – vergleichbar mit den Panikreaktionen während der globalen Finanzkrise 2008 oder der Corona-Pandemie ab dem Frühjahr 2020. Der US-Leitindex brach nach der Zolldrohung an zwei aufeinanderfolgenden Tagen um 4,2 beziehungsweise 5,2 Prozent ein. Der Dollar verlor innerhalb kürzester Zeit im Vergleich zu anderen wichtigen Währungen wie dem Euro fast fünf Prozent an Wert.

Trump geißelt Powell

Nur wenige Tage später eskalierte Trump sodann den seit seiner ersten Amtszeit schwelenden Konflikt mit dem

US-Notenbankchef Jerome Powell und griff ihn frontal an. Seit Herbst vergangenen Jahres hat die US-Notenbank ihre Leitzinsen schrittweise um insgesamt einen Prozentpunkt gesenkt – deutlich weniger als die EZB. Trump hält diese Geldpolitik für zu zögerlich und zu wenig expansiv, will Powell entlassen. Er sei „Mr. Zu Spät" – ein „Verlierer".

Die Märkte verstanden diese Attacke als das, was sie war: ein direkter Angriff auf die Unabhängigkeit der US-Zentralbank. Und sie reagierten prompt – die Börsenkurse brachen erneut ein. Denn die Anleger befürchteten völlig zu Recht, dass die Beeinflussung der Geldpolitik durch die Regierung langfristig fatal für die Wirtschaft sein wird. Wie die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, führt dies zu Inflation und damit verbunden zu negativen Konsequenzen für das Wirtschaftswachstum. Politische Unabhängigkeit gilt als zentrale Voraussetzung für das Vertrauen in die Stabilität einer Währung und bildet einen wesentlichen Pfeiler zur Sicherung des US-Dollars als weltweiter Reservewährung.

Rütteln am Stabilitätsanker

Dies ist auch der Grund, wieso die Unabhängigkeit der Zentralbank einer der zentralen Bausteine moderner Wirtschaftssysteme ist und die Europäische Zentralbank, die jüngste und zweitwichtigste Notenbank weltweit, mit einer im internationalen Vergleich einmaligen Unabhängigkeitsgarantie ausgestattet wurde. Auch wenn die Unabhängigkeit der Fed nicht verfassungsrechtlich festgelegt und weniger stark ausgestaltet ist, dürften Trumps Drohungen dennoch ins Leere laufen. Die Mitglieder des Leitungsgremiums der Fed genießen zumindest persönliche Unabhängigkeit. Der Präsident darf ihnen grundsätzlich weder Weisungen erteilen, noch sie beliebig abberufen.

Der Einbruch der Börsen zwang Trump schließlich zum Rückzug, zuletzt sogar im Konflikt mit China: Die Strafzölle wurden „vorerst" ausgesetzt oder deutlich reduziert und der Fed-Chef ist nach wie vor im Amt. Was Politik und Diplomatie erfolglos versucht haben, schafften die Finanzmärkte: Trump zur Räson zu bringen.

Macht der Märkte

Dieses Wechselspiel zeigt eindrucksvoll, wie wichtig Finanzmärkte geworden sind, um politische Eskapaden einzugrenzen. Längst disziplinieren sie in Form steigender Zinsen nicht nur überschuldete Staaten. Sie steuern die Tagespolitik und tragen – wie aktuell demonstriert – sogar dazu bei, dass normative Vorgaben unseres Wirtschaftssystems wie die Unabhängigkeit einer Notenbank eingehalten werden. Reaktionen von Finanzmarktteilnehmern erweisen sich als besonders wirkmächtig und übertreffen stellenweise sogar herkömmliche Arten demokratischer Einflussnahme. Im Schulterschluss mit der US-Notenbank Fed haben sie jedenfalls dem Versuch der geldpolitischen Einflussnahme durch die US-Regierung wirksam die Stirn geboten.

Kerstin Bernoth ist Co-Dean im DIW Graduate Center und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin. **Sara Dietz** ist Juristin und Lehrbeauftragte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.
Gastbeitrag in der **Börsen-Zeitung**, **20. Mai 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Trump stellt das Schweizer Geschäftsmodell auf die Probe

Guido Baldi

US-Präsident Donald Trump hält die Welt mit seiner Zollpolitik weiter in Atem. Anfang August haben die Vereinigten Staaten ihre Zölle für eine Reihe von Ländern deutlich erhöht. Während die Europäische Union – und damit auch Deutschland – mit einem Zollsatz von 15 Prozent vergleichsweise glimpflich davongekommen ist, wurde die Schweiz besonders heftig getroffen. Seit Anfang August gilt ein Zollsatz von 39 Prozent, der von amerikanischer Seite mit dem hohen Handelsbilanzdefizit gegenüber der Schweiz begründet wird.

Pharmazeutische Produkte, die mehr als die Hälfte dazu beitragen, sind zumindest vorläufig von den Zöllen ausgenommen. Die US-Regierung hat aber deutlich gemacht, dass sie von der Pharmabranche mehr Investitionen und Produktion in den Vereinigten Staaten und darüber hinaus auch Preissenkungen für Medikamente erwartet. Man muss also befürchten, dass der Produktionsstandort Schweiz für die Pharmabranche an Bedeutung verlieren könnte.

Das Geschäftsmodell der Schweiz muss sich nun beweisen

Eine Beruhigung der Situation und eine Senkung der Zölle sind zwar jederzeit möglich. Aber klar ist: In Zeiten weltpolitischer Turbulenzen kann jedes Land von unberechenbaren Entwicklungen getroffen werden. Das Geschäftsmodell eines Landes, das gut zu funktionieren scheint, wird plötzlich in Frage gestellt. Das hat mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine und der darauffolgenden Energiepreiskrise auch Deutschland erlebt.

In den vergangenen Jahren basierte der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz zu einem bedeutenden Teil auf der Pharmabranche und deren boomenden Exporten in die Vereinigten Staaten. Der übrige Teil der Schweizer Wirtschaft hat zuletzt lediglich eine moderate Dynamik entfaltet, die nur wenig besser war als die Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Wie in Deutschland und ganz Europa gibt es in der Schweiz zu wenige neue Unternehmen, die stark wachsen und die Wirtschaft dynamischer machen.

Der Schweizer Börsen-Index hält zunächst Stand

Vorerst sind in der Schweiz wie auch in Deutschland vor allem kleinere und mittlere Unternehmen von den höheren Zöllen betroffen. Großunternehmen können den US-Markt oft aus anderen Ländern oder den USA selbst bedienen. So haben manche Schweizer Unternehmen angekündigt, den amerikanischen Markt eventuell vermehrt von deutschen Produktionsstätten aus bedienen zu wollen.

Der Leitindex der Schweizer Börse, der die Großunternehmen umfasst, hat sich auch darum gut gehalten. Beim Wachstum der gesamten Schweizer Volkswirtschaft ist vorerst dennoch weniger Dynamik zu erwarten, wenngleich eine Rezession aus heutiger Sicht unwahrscheinlich ist. Für den mit der Schweizer Wirtschaft eng verflochtenen süddeutschen Raum sind somit nur leicht negative Auswirkungen zu erwarten.

Innovationskraft macht die Schweizer Wirtschaft resilient

Strukturell zumindest hat die Schweiz gute Voraussetzungen, um auch bei permanent hohen US-Zöllen keine dra-

matische Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage befürchten zu müssen. Internationale Spitzenuniversitäten, ein gutes Bildungssystem und forschungsstarke Unternehmen sorgen für eine hohe Innovationskraft. Die Unternehmen zeigen immer wieder eine hohe Anpassungsfähigkeit, die Infrastruktur befindet sich in einem soliden Zustand und die öffentliche Verschuldung ist gering.

Solche Faktoren helfen einem Land, wirtschaftlich resilient zu sein. Diese Resilienz – also die Fähigkeit einer Volkswirtschaft, ein negatives Ereignis glimpflich zu überstehen und zu stabilem Wachstum zurückzufinden – ist gerade in unruhigen Zeiten ein Erfolgsfaktor. Auch die Corona-Pandemie und zuvor die Finanzkrise hat die Schweiz wirtschaftlich alles in allem gut überstanden.

Den europäischen Markt stärken

Man kann also trotz dieses Zollschocks vorsichtig optimistisch sein, dass die Schweiz auch dieses Mal glimpflich davonkommen wird. Die wirtschaftliche Resilienz der Schweiz ist aber nicht unbegrenzt. Auch darum sollte man sich möglichst wenige instabile Beziehungen zu wichtigen Partnern erlauben und nun wenigstens das Verhältnis mit der Europäischen Union rasch verbessern. Davon würden sowohl die Schweiz als auch Deutschland und der übrige Teil Europas profitieren. Der Wert des gemeinsamen europäischen Markts mit verlässlichen Regeln zeigt sich gerade in solch turbulenten Zeiten.

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin.
Gastbeitrag bei **Focus online**, **20. August 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Warum Zölle oft den Endverbraucher treffen

Sonali Chowdhry

Wie funktionieren Zölle überhaupt – und wer zahlt am Ende die Zeche?

Sonali Chowdhry: Wenn neue Zölle erhoben werden, unterliegen ausländische Waren zusätzlichen Abgaben an der Grenze, bevor sie in den heimischen Markt gelangen dürfen. Diese Zölle sind in der Regel produktspezifisch und im sogenannten Zolltarif eines Landes festgelegt. Sofern kein präferenzielles Handelsabkommen mit dem Importland besteht, gilt in der Regel der gleiche Standardzollsatz für alle Handelspartner. Wer letztlich die Kosten dieser Zölle trägt, hängt stark von der Preiselastizität von Angebot und Nachfrage ab. Bei Produkten wie spezialisierten Maschinen oder Markenwaren mit wenigen Alternativen können ausländische Produzenten oft einen Großteil oder sogar die gesamten Zollkosten an die Importeure – also inländische Unternehmen und Handelspartner – weitergeben. Und die wiederum können die Verkaufspreise für Endverbraucher erhöhen, um die Zusatzkosten wieder reinzuholen. Wenn jedoch alternative Lieferanten vorhanden sind oder die Verbraucher besonders preissensibel reagieren, sind Exporteure möglicherweise gezwungen, einen Teil der Kosten selbst zu tragen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Sonali Chowdhry ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Unternehmen und Märkte im DIW Berlin.
Interview bei **t-online.de**, **8. April 2025**

Das vollständige Interview ist **hier** zu finden.



US-Zollhammer und dessen Auswirkungen: „Eigentlich hat keiner was davon“

Martin Gornig spricht bei tagesschau24 zu den US-Zöllen und deren Auswirkungen.

„Eigentlich hat keiner was davon. Diese Maßnahmen sind sicherlich für die gesamte globale Wirtschaft von großem Nachteil. Die Wertschöpfungsketten sind so integriert, dass die amerikanischen Automobilhersteller auch nicht stark davon profitieren werden.“

Martin Gornig ist Forschungsdirektor für Industriepolitik in der Abteilung Unternehmen und Märkte im DIW Berlin.
TV-Interview bei **tagesschau24**, **27. März 2025**

Der TV-Auftritt ist **hier** zu sehen.


Deutsche
Rentenversich
Bund

Zukunft des Renten- und Steuersystems



Der Boomer-Soli ist keine Zumutung, sondern gelebte Solidarität

Stefan Bach und Marcel Fratzscher

„Die Rente ist sicher" – dieses Versprechen hat der damalige Bundessozialminister Norbert Blüm vor 40 Jahren auf dem Bonner Marktplatz plakatiert. Es hat sich fest in das ikonografische Gedächtnis der alten Bundesrepublik eingebrannt. Heute kann unsere Gesellschaft dieses Versprechen nicht mehr erfüllen. Dass es zur demografischen Schieflage kommen wird, wenn die geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge in Rente gehen, ist schon seit Langem absehbar. Dazu reiche »Volksschule Sauerland«, kommentierte das ein anderer Sozialminister schon vor 20 Jahren lakonisch: Franz Müntefering.

Jetzt kommen die Einschläge bedrohlich näher, und die neue schwarz-rote Koalition duckt sich weg. Sie will die Belastungen vor allem bei den Jüngeren und Erwerbstätigen abladen, indem sie die Rentenbeiträge und den Bundeszuschuss zur Rente kräftig erhöht. Zwar will sie längeres Arbeiten im Alter mit der Aktivrente fördern. Aber zugleich traut sie sich nicht, die abschlagsfreie »Rente mit 63« für sehr langjährig Versicherte zu streichen oder Abschläge für die übrigen Frührentner zu erhöhen. Und auch das würde der Rentenkasse nur wenig helfen. Spätestens ab Mitte der 2030er-Jahre wird das Renteneintrittsalter

wohl weiter erhöht werden müssen. Dies wird die Belastungen nur mildern, nicht beseitigen.

Wenn man die Belastungen gleichmäßiger auf Erwerbstätige und Ruheständler verteilen will, muss man auch das Rentenniveau kürzen. Das wird viele enttäuschen, vor allem bekommen das Menschen mit geringen Alterseinkünften zu spüren. Das Armutsrisiko unter Rentnern ist schon überdurchschnittlich hoch geworden in den vergangenen Jahren. Es wird weiter steigen.

Da liegt es nahe, in der älteren Generation umzuverteilen und die finanziellen Kosten der Alterung nicht nur auf die junge Generation abzuwälzen. Dazu haben wir im DIW Berlin die Einführung eines Boomer-Solis vorgeschlagen. Diese Studie hat eine kontroverse und auch verzerrte Debatte ausgelöst.

Die Kernaussage: Der Boomer-Soli ist ein effektives, zielgenaues und flexibles Instrument, um zwei zentrale gesellschaftspolitische Ziele zu erreichen: die Renten bei Geringverdienenden und Mittelschichten zu stärken, Altersarmut zu verringern und gleichzeitig die Kosten dafür nicht durch eine noch stärkere Umverteilung von Jung zu Alt zu finanzieren.

Er sieht vor, sämtliche Einkommen im Alter – also Renten, Beamtenpensionen, Betriebs- und Privatrenten und auch Vermögenseinkommen – oberhalb eines Freibetrags mit beispielsweise zehn Prozent zu besteuern. Diese Einnahmen sollen ausschließlich dazu verwendet werden, geringe Alterseinkünfte aufzustocken. Die etwa 40 Prozent der Rentnerinnen und Rentner mit geringen Einkommen könnten so netto mehr Rente erhalten. In den unteren Mittelschichten würden keine Rentenkürzungen drohen. Moderat belastet, in Höhe von unter dem Strich maximal drei bis vier Prozent, würde in erster Linie das einkommensstärkste Fünftel.

Es geht um Umverteilung, keine Mehrbelastung

Ein erster Kritikpunkt lautet, der Boomer-Soli belaste Rentnerinnen und Rentner zusätzlich. Das ist offensichtlich falsch: Die Babyboomer-Generation wird als Ganzes nicht stärker belastet. Es wird umverteilt innerhalb der älteren Generation – von Reich zu Arm.

Eine zweite häufig geäußerte Kritik lautet, der Boomer-Soli sei ein Bruch mit Rentenversprechen. Das stimmt so pauschal jedoch nicht. Mit der Abschaffung des Nachhaltigkeitsfaktors verlässt die Bundesregierung das Grundprinzip des Umlageverfahrens, wonach das Rentenniveau angesichts der demografischen Entwicklung sinken müsste. Der eigentliche Bruch mit dem Versprechen findet also zulasten der Jungen statt, nicht zulasten der Babyboomer. Das gilt auch in Bezug auf notwendige Steuererhöhungen zur Finanzierung des höheren Bundeszuschusses, mit denen man steigende Beitragslasten der Erwerbstätigen vermeiden will – etwa bei der Mehrwertsteuer oder bei den Vermögensteuern.

Der Boomer-Soli erfüllt hingegen ein zentrales Versprechen der sozialen Sicherung: Menschen im Alter ein auskömmliches Einkommen zu gewährleisten und vor allem vor Armut zu schützen. Die Altersarmut könnte deutlich sinken, um rund ein Viertel. Der Boomer-Soli ist kein Bruch, sondern eine Möglichkeit, zentrale gesellschaftliche Versprechen besser einzulösen.

Dass die demografischen Probleme kommen werden, wissen wir schon seit Jahrzehnten. Sinnvoll wäre es gewesen, vor 40 Jahren zu beginnen, für die großen Babyboomer-Kohorten Rückstellungen zu bilden, wie das jeder ordentliche Kaufmann gemacht hätte. Aber diese Chance ist vertan. Jetzt muss man mit den Folgen leben.

Natürlich gibt es die Grundsicherung im Alter und das Wohngeld, um die Armut zu reduzieren. Aber beides wirkt nur begrenzt. Etwa die Hälfte der älteren Menschen nimmt sie nicht in Anspruch – aus Unkenntnis, Scham oder Angst vor dem Rückgriff auf Angehörige, oder auch, weil die Beantragung kompliziert ist und viele überfordert sind.

Was auch nicht zur Kenntnis genommen wird: Besserverdiener haben eine höhere Lebenserwartung. Daher findet in den Alterssicherungssystemen eine beträchtliche Umverteilung zulasten der Armen statt. Insoweit kann man eine moderate Umverteilung zulasten der gut versorgten Ruheständler auch versicherungsmathematisch gut begründen.

Nur ein kleiner Teil wäre vom Soli betroffen

Ein dritter Kritikpunkt richtet sich gegen mögliche Fehlanreize: Der Boomer-Soli setze falsche Anreize und benachteilige Vorsorgebewusste. Das ist nicht ganz falsch. Aber auch hier ist wichtig: Nur ein kleiner Teil der sehr gut versorgten Babyboomer wäre überhaupt nennenswert vom Soli betroffen. Die unteren 40 Prozent würden profitieren. Die Belastung für Spitzenverdienende wäre vergleichsweise moderat und dürfte Anreize zur privaten Vorsorge kaum reduzieren. Über Details der Belastungshöhe könnte man reden, etwa wenn es um ergänzende Alterssicherung oder private Vermögen und deren Erträge geht.

Viertens wird angeführt, es gäbe bessere Alternativen, etwa den Grundrentenzuschlag. Dieser existiert bereits seit 2021 und erreicht etwa 1,3 Millionen Menschen, die durchschnittlich 92 Euro im Monat erhalten. Der Boomer-Soli hingegen würde achtmal mehr Rentnerinnen und Rentner mit niedrigen bis mittleren Einkommen unterstützen. Zudem verstärkt der Grundrentenzuschlag die Umverteilung von Jung zu Alt, da er steuerfinanziert ist. Auch hier trägt die junge Generation die Hauptlast. Analog zur Grundrente müsste man bei der Umverteilung auf Grundlage des Boomer-Solis auch den Haushalts- und Familienzusammenhang berücksichtigen. Dies würde das Umverteilungsvolumen begrenzen und den Zuschlag analog auf Fälle begrenzen, die tatsächlich bedürftig und von Altersarmut bedroht sind.

Viele fordern zu Recht grundlegende Reformen der Rentenpolitik. Doch auch hier gilt: Der Boomer-Soli ist kein Ersatz, sondern eine sinnvolle Ergänzung – etwa zu einem späteren Renteneintrittsalter oder der Förderung guter Löhne oder besserer Beschäftigungsmöglichkeiten im Alter. Viele dieser Reformen, sei es bei der Kapitaldeckung, bei der ergänzenden privaten Vorsorge oder beim Äquivalenzprinzip, wirken jedoch erst sehr langfristig – über eine Generation. Der Soli dagegen würde unmittelbar wirken.

Der Boomer-Soli hat Stärken, die keine andere Maßnahme oder Rentenreform hat: Er wirkt sofort, er ist zielgenau, weil er alle Einkommen berücksichtigt. Er ist flexibel und kann an zukünftige Anforderungen angepasst werden. Er ist realistisch, auch im Vergleich zu komplexeren Reformvorschlägen wie der Einbeziehung von Beamten oder Selbstständigen in die gesetzliche Rente – beim Boomer-Soli würden sie unmittelbar einbezogen. Er ist rechtlich umsetzbar, da er, im Gegensatz zu strukturellen Änderungen am Äquivalenzprinzip, nicht an den Grundfesten der gesetzlichen Rentenversicherung rüttelt. Und er ist schnell und bürokratiearm zu realisieren, da er an der Veranlagung zur Einkommensteuer anknüpfen kann, bei der höhere Alterseinkünfte bereits vollständig erfasst werden.

Der Boomer-Soli ist ökonomisch sinnvoll, weil er dazu beiträgt, die Belastungen für Jüngere und Beschäftigte zu begrenzen, und damit Raum für mehr wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand schafft. Und schließlich stärkt er die soziale Marktwirtschaft, indem er Solidarität fördert und die Lasten der sozialen Sicherung weniger ungleich verteilt – und dadurch auch wieder mehr den impliziten Generationenvertrag unserer Gesellschaft erfüllt.

Stefan Bach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Staat im DIW Berlin. **Marcel Fratzscher** ist Präsident des DIW Berlin.
Kolumne bei **Die Zeit**, **25. Juli 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.



Rentenrefom: „Wir müssen nicht alles neu machen“

Peter Haan erklärt im ARD-Morgenmagazin, welche Reformen im Rentensystem gebraucht werden.

„Wir brauchen keine ganz neue Aufstellung der Rente. Die Rente steht besser da, als es häufig in den Medien und der Politik dargestellt wird. Wir müssen an vielen Stellschrauben etwas verändern, aber wir müssen nicht das ganze System reformieren und alles neu machen.“

Peter Haan ist Leiter der Abteilung Staat im DIW Berlin.
TV-Interview im **ARD-Morgenmagazin**,
19. November 2025

Der TV-Auftritt ist **hier** zu sehen.

Rente: Panik und Realität

Peter Haan und Johannes Geyer

Die rentenpolitische Debatte ist seit Jahren von Schwarz-Weiß-Denken, Alarmismus und moralischen Schlagworten geprägt. Das erschwert eine nüchterne Auseinandersetzung mit den realen Herausforderungen, die der Renteneintritt der Babyboomer unweigerlich mit sich bringt.

Die positive Entwicklung hat mehrere Gründe: Reformen wie die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, ein abgesenktes Rentenniveau und weniger Frühverrentung haben gegriffen. Zudem zahlen heute deutlich mehr Menschen Rentenbeiträge – vor allem Ältere, Frauen und Zugewanderte. Die Lebenserwartung steigt langsamer als früher. Selbst teure Projekte wie die Mütterrente oder die Rentenangleichung Ost konnten ohne Beitragserhöhung finanziert werden. Die Rente ist also kein »Fass ohne Boden«. Hohe Steuerzuschüsse sind kein Alarmzeichen, sondern spiegeln auch Leistungen wider, die nicht aus Beiträgen finanziert werden sollen, weil sie ein gesamtgesellschaftliches Anliegen sind.

Trotzdem ist längst nicht alles gut bei der Rente, es wurden auch Fehler gemacht. Die Politik hat es versäumt, die langfristige Perspektive der Rente in den Fokus zu rücken. Viele Reformen erhöhen die Ausgaben dauerhaft. Und die demographische Entwicklung wirft ihre Schatten voraus: Vermutlich 2028 muss der Beitragssatz Richtung 20 Prozent angehoben werden. Die Rentenversicherung wird dann Jahr für Jahr mit dem Risiko eines steigenden Beitragssatzes umgehen müssen, und ihre Leistungen werden unter erheblichen Rechtfertigungsdruck kommen.

Versäumt wurde auch ein Neustart bei der ergänzenden Altersvorsorge. Fast 40 Prozent der Beschäftigten verfügen weder über eine betriebliche noch eine private Alterssicherung – der Anteil dieser Personen wächst seit Jahren. Diejenigen, die eine besitzen, haben oft schlecht verzinste Verträge, die nur einen beschränkten Beitrag zur Alterssicherung leisten können. Bisher gibt es keinen konkreten Plan, wie man den absehbaren Risiken bei der Rente vorbeugt. Sie steht zwar deutlich besser da, als sie vielfach gemacht wird. Aber mit dem Renteneintritt der Babyboomer nehmen die Herausforderungen deutlich zu. Damit ist die Rente nicht allein. Beitragssatzsteigerungen wird es auch im Gesundheits- und Pflegebereich geben. Bei Pflege- und Krankenversicherung sind die Herausforderungen mindestens genauso groß: Seit die Rücklagen der Krankenkassen aufgebraucht sind, steigt der Beitragssatz deutlich. Die Leistungsausweitungen bei der Pflege werden weitestgehend durch steigende Beiträge und private Zuzahlungen finanziert. Beitragssatzerhöhungen bei der Rente können also nicht isoliert betrachtet werden.

Für die Rente kommt es darauf an, den Kreis der Einzahlenden hochzuhalten und die Produktivitätsentwicklung zu verbessern. Priorität sollten die Förderung der Zuwanderung, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren sowie die Ausweitung des Versichertenkreises haben. Dafür sollten Maßnahmen wie ein höheres Renteneintrittsalter nicht tabuisiert werden. Klar ist: Anhebungen des Rentenzugangsalters sind an zwei Stellen sozial unausgewogen: erstens weil Menschen mit geringer Bildung und geringem Einkommen eine niedrigere Lebenserwartung haben. Zweitens weil diese Gruppe in ihren Jobs aufgrund physischer und psychischer Belastungen oft Schwierigkeiten hat, sich an neue Altersgrenzen anzupassen. Damit eine Erhöhung des Rentenzugangsalters politisch umsetzbar ist und effektiv die Beschäftigung erhöht, müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, sodass es möglich und attraktiv ist, länger zu arbeiten. Vieles spricht dafür, die Umverteilung in der gesetzlichen Rente oder über alle Alterseinkommen zu stärken. Eine Variante, die alle Alters- und potentiell auch Vermögenseinkommen von Älteren einbezieht, wäre der Boomer-Soli, der kürzlich vom DIW vorgeschlagen wurde.

Bis 2027 soll eine Rentenkommission umsetzbare Vorschläge erarbeiten. Der Arbeitsauftrag klingt vage. Laut Koalitionsvertrag soll sie eine »neue Kenngröße für ein

Gesamtversorgungsniveau über alle drei Rentensäulen prüfen«. In der Formulierung liegt aber auch eine Chance für eine große Reform. Denn ein neues Leistungsziel, das alle Säulen – gesetzliche, betriebliche und private Renten – funktional aufeinander bezieht und den Weg beschreibt, wie eine erfolgreiche Umsetzung aussehen kann – das wäre ein großer Schritt nach vorn.

Falls eine grundlegende Reform nicht gelingt, werden harte und unsystematische Eingriffe wahrscheinlicher. Das kann man im Ausland und in der Vergangenheit in Deutschland beobachten: In den mageren Neunziger- und Nullerjahren waren teils drastische Leistungskürzungen nötig, um die Finanzen der Rentenversicherung zu stabilisieren.

Peter Haan ist Leiter der Abteilung Staat im DIW Berlin.
Johannes Geyer ist stellvertretender Leiter der Abteilung Staat im DIW Berlin.
Gastbeitrag in der **Frankfurter Allgemeinen Zeitung**, **5. September 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

Wie der „Boomer-Soli“ die Rente retten könnte

Maximilian Blesch

Herr Blesch, wie würden Sie den „Boomer-Soli“ für Laien erklären?

Maximilian Blesch: In unserem Rentensystem wird der demografische Wandel entweder durch ein sinkendes Rentenniveau, steigende Beiträge oder höhere Steuerzuschüsse bewältigt. Der „Boomer-Soli“ – eine Solidaritätsabgabe auf alle Alterseinkünfte – könnte das Rentensystem in Deutschland stabilisieren. Die Abgabe würde gezielt Personen mit hohen Alterseinkünften moderat belasten, um einkommensschwache Rentner zu unterstützen und das Risiko von Altersarmut bei fallendem Rentenniveau zu senken. Das Besondere: Die Umverteilung fände ausschließlich innerhalb der älteren Generation statt, Jüngere blieben weitgehend unberührt.

Wer würde vom „Boomer-Soli“ profitieren?

Blesch: Rentner mit niedrigen Einkommen – bis etwa 2000 Euro netto für Singles nach heutiger Kaufkraft – würden durchschnittlich profitieren, während wohlhabendere Rentner abgeben müssten. Die meisten gesetzlichen Rentnerinnen und Rentner, vor allem mit durchschnittlichen Renten, würden mehr Geld in der Tasche haben.

Maximilian Blesch war Doktorand in der Abteilung Staat im DIW Berlin.

Interview in der **Main-Post**, **25. Juli 2025**

Das vollständige Interview ist **hier** zu finden.

Nur so lässt sich das Rentensystem stabilisieren

Hermann Buslei, Johannes Geyer und Peter Haan

In ihrem Koalitionsvertrag hat die neue schwarz-rote Bundesregierung vereinbart, eine Rentenkommission einzusetzen, um die Zukunft des Alterssicherungssystems zu untersuchen. Zwar fehlen detaillierte Angaben zur Zusammensetzung und zum konkreten Auftrag der Kommission. Doch die neue Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas hat bereits einen Vorschlag eingebracht.

Bas plädiert dafür, auch Beamte, Abgeordnete und Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, um die Einnahmen zu erhöhen. Denn die Rentenkasse gerät absehbar unter Druck, wenn jetzt die großen Babyboomer-Jahrgänge in Rente gehen.

Die Debatte um diese Reform ist wichtig und sollte besser früh als spät geführt werden. Schon jetzt zeichnen sich kontroverse Positionen ab – von der Einschätzung, dies sei ein notwendiger Schritt zur Stabilisierung des Rentensystems. Bis hin zur Kritik, es handle sich um ein Nullsummenspiel oder gar durch die Einbeziehung der Gruppen um die Illusion eines Schneeballsystems. Angesichts der vielen beteiligten Interessengruppen und der komplexen ökonomischen Zusammenhänge gibt es erheblichen Interpretationsspielraum.

Eine Einbeziehung neuer Gruppen in die gesetzliche Rentenversicherung führt zunächst zu zusätzlichen Einnahmen im Umlageverfahren, da aus diesen Gruppen selbst noch niemand eine Rente bezieht. Dieser sogenannte »Einführungsgewinn« könnte die Rentenkassen über Jahrzehnte entlasten, da es lange dauert, bis neue Rentenanwartschaften aufgebaut sind.

Diese Entlastung würde über die Mitte des Jahrhunderts hinausreichen und könnte ein wichtiger Baustein sein, um den finanziellen Druck infolge des demografischen Wandels abzufedern. Zwar werden langfristig auch steigende Ausgaben anfallen, doch deren Umfang lässt sich heute nur schwer abschätzen – ähnlich, wie es 1975 schwierig gewesen wäre, die Herausforderungen des Jahres 2025 präzise vorherzusagen.

Welche Folgen eine Einbeziehung für Selbstständige und Rentner hätte

Jede Gruppe, die einbezogen werden soll, bringt eigene Besonderheiten und Herausforderungen mit, die beachtet werden müssen.

Selbstständige: Bei Selbstständigen ohne obligatorische Alterssicherung besteht eine Versicherungslücke. Ohne Pflichtversicherung sparen viele zu wenig für das Alter und könnten später auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sein – ein Risiko, das die Solidargemeinschaft trägt. Eine Pflichtversicherung könnte nicht nur die Rentenkasse stabilisieren, sondern auch das soziale Sicherungssystem entlasten. Schätzungen zufolge könnte dies die Rentenbeiträge langfristig um bis zu einem Beitragspunkt senken. Ohnehin ist zu fragen, warum es gerade diese Gruppe ist, die keinem Versicherungszwang unterworfen ist. Immerhin mutet man dies allen anderen Erwerbstätigen zu.

Beamten: Hier ist die Lage komplexer. Beamtinnen und Beamte stehen in einem besonderen Dienstverhältnis, das ihnen ein finanziell abgesichertes Berufsleben garantiert. Eine Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung würde steuerfinanzierte Beiträge zur Rentenkasse bedeuten und damit eine Verbesserung für die Rentenversicherung – eine Umlagerung der Kosten, die insgesamt aber wenig am staatlichen Finanzierungsbedarf ändern würde. Zudem wäre eine Reduktion der Pensionsansprüche politisch und rechtlich schwierig umzusetzen. Der Staat kann bei den Beamten also nur wirklich sparen, wenn er auch die Absicherung reduzieren würde.

Ein pragmatischer Ansatz wäre, künftig weniger Berufsgruppen zu verbeamten. Stattdessen könnten mehr Beschäftigte als Angestellte arbeiten, ähnlich wie es Österreich bereits umgesetzt hat. Dort wurde das Beamtenrecht reformiert, die Zahl der hoheitlichen Tätigkeiten reduziert und die Pensionsregelungen an das allgemeine Rentensystem angeglichen. Das hat die öffentlichen Pensionsausgaben spürbar entlastet.

Auch in Deutschland könnte eine solche Reform die Rentenversicherung stärken, wobei der Effekt wegen der in Deutschland bedeutsameren Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst geringer ausfallen dürfte. Dabei müsste der Übergang schrittweise erfolgen, etwa indem nur neu eingestellte Staatsbedienstete weniger häufig verbeamtet werden. Langfristig würden dann Beamte und Angestellte ähnliche Versorgungsansprüche haben, was dann aber eine Verschlechterung für viele Beamte bedeuten würde. Der Effekt wäre zwar geringer als bei einer vollständigen Abschaffung des Beamtenstatus, aber immer noch spürbar.

Abgeordnete: Auch Abgeordnete weisen Besonderheiten auf, etwa die befristete Dauer ihrer Amtszeit. Eine Integration in die gesetzliche Rentenversicherung müsste diese Besonderheiten berücksichtigen, um für diese Gruppe eine faire Lösung zu finden.

Dieser Vorwurf greift zu kurz

Der Vorwurf, dass die Integration von Beamten, Abgeordneten und Selbstständigen in die Rentenversicherung ein Nullsummenspiel sei, greift also zu kurz. Ebenso wie der Vorwurf, dass es im schlimmsten Fall aufgrund der im Durchschnitt hohen Lebenserwartung von Beamten sogar eine negative Rechnung für die Rentenversicherung sei.

Reformen, die neue Beitragszahlende in die Rente holen, können die Rentenversicherung über Jahre entlasten, auch wenn das Entlastungsvolumen je nach Ausgestaltung begrenzt ist. Die Einbeziehung neuer Gruppen ist kein Allheilmittel, sondern nur ein Teil einer umfassenderen Rentenreform. Die Entlastung sollte in jedem Fall dazu genutzt werden, das System der Alterssicherung so zu reformieren, dass das Rentensystem auch nach Wegfall der »Einführungsdividende« auf soliden Füßen stünde.

Klar ist aber, eine solche Reform wäre nur ein erster Schritt und weitere sind notwendig. Unter anderem sollte auch die private Altersvorsorge gestärkt werden, etwa durch Regulierung privater Anbieter oder staatliche Vorsorgeangebote, die verlässliche Renditen oberhalb der Lohnwachstumsrate ermöglichen. Das wäre ein weiterer Schritt, das Rentensystem langfristig zu stabilisieren.

Hermann Buslei ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Staat im DIW Berlin. **Johannes Geyer** ist stellvertretender Leiter der Abteilung Staat im DIW Berlin.
Peter Haan ist Leiter der Abteilung Staat im DIW Berlin.
Gastbeitrag bei **t-online.de**, **18. Mai 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

„Die Reform des Ehegattensplittings ist überfällig“

Katharina Wrohlich

In Bayern herrscht gerade große Aufregung unter Familien, weil das Kinderstartgeld nicht kommt. Der Rest des Landes fragt sich: Was hat es mit diesem Geld überhaupt auf sich?

Katharina Wrohlich: Die Bayerische Staatsregierung hatte vor, den Familien ab Januar zum ersten Geburtstag ihres Kindes 3 000 Euro auszuzahlen. Doch nun hat es sich Markus Söder anders überlegt und das Kinderstartgeld noch vor der zweiten Lesung des dazugehörigen Gesetzes im Landtag gestrichen. Dazu müssen Nichtbayern wissen: Das Kinderstartgeld war bereits ein Trostpflaster fürs Familiengeld. Bisher erhielten Eltern im zweiten und dritten Lebensjahr 250 Euro pro Monat, insgesamt also 6 000 Euro. Es gibt auch kein Krippengeld für einkommensschwächere Familien mehr.

Im Rest der Republik denken sich die Menschen jetzt womöglich: na und? Hatten wir auch alles nicht.

Wrohlich: Damit haben sie teilweise recht. Beim Familiengeld ist Bayern einen Sonderweg gegangen. 2015 hat das Bundesverfassungsgericht das geplante Betreuungsgeld für Familien gekippt, die ihre Kleinkinder zu Hause versorgen wollten. Bayern hat damals an dieser Leistung festgehalten und sie später auf alle Familien ausgeweitet. Etwas Ähnliches macht nur noch Sachsen, dort heißt es Landeserziehungsgeld.

Katharina Wrohlich ist Leiterin der Forschungsgruppe Gender Economics in der Abteilung Staat im DIW Berlin.
Interview bei **Die Zeit**, **17. November 2025**

Das vollständige Interview ist **hier** zu finden.



Alterseinkommen: „Menschen in Ostdeutschland sind stärker auf gesetzliche Rente angewiesen“

Johannes Geyer in der Sendung Brandenburg aktuell über amutsgefährdete Rentner*innen, besonders in Brandenburg.

„In Ostdeutschland gibt es mehr Menschen, die lange arbeitslos waren und wenige Rentenpunkte angesammelt haben. Frauen in Ostdeutschland erzielen aber oft höhere Renten als in Westdeutschland. Die Ungleichheit der Renteneinkommen ist in Ostdeutschland daher geringer als in Westdeutschland.“

Johannes Geyer ist stellvertretender Leiter der Abteilung Staat im DIW Berlin.
TV-Interview im **rbb**, **3. Februar 2025**

Der TV-Auftritt ist online **hier** zu sehen.



Energiewende und Transformation der Industrie

Warum der Industriestrompreis Deutschlands Zukunft verteuert

Claudia Kemfert

Die Bundesregierung will ab 2026 einen vergünstigten Industriestrompreis einführen. Auf den ersten Blick klingt das vernünftig: Die Energiepreise sind gestiegen, viele Unternehmen klagen über hohe Kosten und internationale Wettbewerbsnachteile. Doch bei näherem Hinsehen zeigt sich: Ein subventionierter Strompreis ist keine Lösung, sondern ein ökonomischer und klimapolitischer Irrweg.

Die geplante Regelung sieht vor, dass energieintensive Unternehmen für einen Teil ihres Stromverbrauchs einen staatlich gestützten Preis zahlen sollen – finanziert aus öffentlichen Mitteln. Das Ziel: Wettbewerbsfähigkeit sichern, Arbeitsplätze schützen, Abwanderung verhindern. Doch die Maßnahme ist teuer, ungerecht und kontraproduktiv. Sie schafft Fehlanreize, konserviert alte Strukturen und schwächt langfristig die Innovationskraft der deutschen Industrie.

Falsche Anreize, falsche Richtung

Ein Industriestrompreis belohnt jene, die weiterhin auf energieintensive, ineffiziente Prozesse setzen, und benachteiligt diejenigen, die längst in Effizienz, Eigenversorgung und Erneuerbare investiert haben. Das ist nicht nur unfair, sondern volkswirtschaftlich unklug. Denn nur eine moderne, klimafreundliche Industrie kann dauerhaft wettbewerbsfähig sein.

Anstatt die Stromkosten künstlich zu senken, sollte die Politik dafür sorgen, dass die Strukturkosten sinken – durch Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien, in Stromnetze, Speicher und Digitalisierung. Erneuerbare Energien sind längst die günstigste Form der Stromerzeugung. Je schneller Deutschland seine Energieversorgung auf Wind, Sonne und Speicher umstellt, desto stabiler und planbarer werden die Strompreise.

Ungerechte Umverteilung

Der Industriestrompreis schafft auch ein soziales Ungleichgewicht: Während große Industrieunternehmen entlastet werden, bleibt der Mittelstand außen vor. Viele kleine und mittlere Betriebe, Handwerksunternehmen oder innovative Start-ups profitieren nicht – obwohl sie die tragenden Säulen unserer Wirtschaft sind. Die Kosten tragen letztlich alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Zudem wäre der Preisdeckel nur befristet und unsicher. Die EU-Kommission erlaubt Beihilfen maximal für drei Jahre. Doch Investitionen in neue Produktionsprozesse brauchen Planungssicherheit über Jahrzehnte. Subventionierte Übergangsregelungen erzeugen dagegen neue Unsicherheiten und verlängern alte Abhängigkeiten.

Zukunftsfähige Industriepolitik sieht anders aus

Eine wirklich moderne Industriepolitik stärkt die Wettbewerbsfähigkeit durch Technologieförderung, Energieeffizienz und Innovation, nicht durch Preisstützen. Zukunftsfähige Unternehmen investieren heute in erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft und klimaneutrale Produktion – das sind die Wachstumsmärkte von morgen.

Deutschland muss sich entscheiden, ob es weiter fossile Strukturen subventioniert oder konsequent in seine Energiezukunft investiert. Der Industriestrompreis mag kurzfristig populär sein, langfristig aber bindet er Milliarden, die an anderer Stelle dringend gebraucht werden:

beim Ausbau der Erneuerbaren, beim der Digitalisierung, Smarts Grids, Förderung von Energieeffizienz, bei Forschung, Entwicklung und Fachkräfteförderung.

Die teure Scheinlösung

Der geplante Industriestrompreis ist eine teure Scheinlösung. Er lindert Symptome, aber nicht die Ursachen hoher Energiepreise. Statt Geld in kurzfristige Subventionen zu lenken, sollte Deutschland endlich den Strukturwandel zur klimaneutralen Industrie beschleunigen. Nur so entstehen dauerhaft bezahlbare Energiepreise, wirtschaftliche Stabilität und Zukunftschancen für alle.

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin.
Gastbeitrag bei **Focus online**, **8. November 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.



Reduktion von Treibhausgasen: „Wir sind nicht völlig außerhalb des Plans“

Claudia Kemfert äußert sich bei Phoenix über Deutschlands Klimaziele.

„Der CO_2-Preis ist sozial ungerecht, wenn man kein Klimageld auszahlt. Wir wissen, dass er Niedrigeinkommensbezieher überproportional belastet – das müsste man ändern.“

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin.
TV-Interview bei **Phoenix**, **7. Januar 2025**

Der TV-Auftritt ist **hier** zu sehen.



Eine Zukunft ohne Gas

Claudia Kemfert und Jan Rosenow

Um bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu sein, darf in Deutschland in 20 Jahren kein Erdgas mehr zum Heizen verwendet werden. Alternative Gase wie Wasserstoff oder Biomethan sind nicht in ausreichenden Mengen verfügbar und werden es auf absehbare Zeit auch nicht sein. Die Stilllegung von Gasnetzen ist daher ein zentraler Baustein des Übergangs zu einer klimaneutralen Energieversorgung in Deutschland.

Städte wie Mannheim und Hamburg nehmen hierbei eine Vorreiterrolle ein. Mannheim plant, bis 2035 das Erdgasnetz für Haushalte und Gewerbe abzuschalten – beginnend in Straßen mit doppelter Wärmeversorgung über Gas und Fernwärme.

Der Mannheimer Energieversorger MVV begründet dies mit ökologischen und wirtschaftlichen Faktoren: Gasheizungen sind nicht mit den Klimazielen vereinbar und durch steigende CO_2-Preise sowie sinkende Nutzerzahlen unrentabel. Stattdessen wird das Fernwärmenetz ausgebaut, und Wärmepumpen dienen als Alternative. Um die Bevölkerung einzubinden, hat die Stadt Mannheim ein großzügiges Förderprogramm aufgelegt, das Haushalten bis zu 10 000 Euro für den Austausch ihrer Gasheizungen bietet.

Hamburg verfolgt ebenfalls ambitionierte Pläne. Mit einer detaillierten Wärmekartierung sollen die besten Energielösungen für verschiedene Stadtteile ermittelt werden. Hierbei wird geprüft, welche Gebiete vom Gasnetz abgekoppelt werden können. Bis 2026 sollen konkrete Pläne

vorliegen. Diese Beispiele verdeutlichen, dass Städte individuell auf lokale Gegebenheiten reagieren, jedoch dasselbe Ziel verfolgen: die Reduzierung fossiler Energien.

Die Umstellung auf klimaneutrale Wärmeversorgung stellt jedoch erhebliche technische und soziale Herausforderungen dar. Der Ausbau von Fernwärmeleitungen und Stromnetzen sowie die Installation von Wärmepumpen erfordern hohe Investitionen und Zeit. Zudem ist die Akzeptanz in der Bevölkerung ein entscheidender Faktor. Viele Menschen stehen der Abschaltung von Gasnetzen skeptisch gegenüber, insbesondere aufgrund der Umstellungskosten. Um den Widerstand zu minimieren, setzen Städte wie Mannheim auf umfassende Informationskampagnen und finanzielle Unterstützung. Dies soll nicht nur die Belastungen abfedern, sondern auch das Vertrauen in neue Technologien stärken – ein Vorbild für andere Kommunen.

Die Diskussion um Wasserstoff als mögliche Alternative hat zusätzliche Verunsicherung geschaffen. Oft wird suggeriert, dass bestehende Gasnetze einfach auf Wasserstoff umgestellt werden könnten. Studien zeigen jedoch, dass dies technisch und wirtschaftlich problematisch ist. Wasserstoff hat eine geringere Energiedichte, verursacht höheren Strömungswiderstand und kann Materialien in bestehenden Gasnetzen korrodieren.

Zudem ist seine Herstellung energieaufwendig und ineffizient, was ihn für den Wärmesektor ungeeignet macht. Seine Nutzung im Wärmesektor ist ineffizient und teuer – eine Einschätzung, die durch mehr als 50 unabhängige Studien gestützt wird. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Wasserstoff eine nennenswerte Rolle für die Gebäudewärme spielen wird. Haushalte, die auf Wasserstoff hoffen, könnten letztlich gezwungen sein, ihre Heizsysteme erneut auszutauschen.

Die Stilllegung von Gasnetzen bietet jedoch auch große Chancen. Langfristig können erneuerbare Energien und effiziente Heiztechnologien die Energiekosten senken und die Abhängigkeit von Gasimporten reduzieren. Dies stärkt die Energiesicherheit und reduziert die CO_2-Emissionen erheblich.

Deutschland geht hier keinen Sonderweg: In Dänemark wird ab 2030 kein Gebäude mehr mit Erdgas heizen können. Mehrere Schweizer Städte wie zum Beispiel Basel, Zürich und Winterthur haben angekündigt, das Gasnetz komplett oder in Teilen stillzulegen. In den Niederlanden haben Kommunen seit einigen Jahren Wärmepläne erstellt, welche sukzessive zu einem Rückbau der Gasnetze führen werden.

Weitere Länder werden folgen: Die überarbeitete Gasrichtlinie der Europäischen Union (EU) verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu sicherzustellen, dass die Gasnetzbetreiber Stilllegungspläne erstellen, wenn ein signifikanter Rückgang des Gasverbrauchs abzusehen ist.

Mannheim hat mit seinem ganzheitlichen Ansatz aus Infrastrukturumbau und Förderprogrammen eine Grundlage geschaffen, von der andere Städte lernen können. Die Gasnetzstilllegung ist ein entscheidender Schritt zur Klimaneutralität, der jedoch nur mit klarer Strategie, politischem Willen und gesellschaftlicher Akzeptanz erfolgreich umgesetzt werden kann.

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin. **Jan Rosenow** ist Energieexperte und Wissenschaftler an den Universitäten Oxford und Cambridge.
Gastbeitrag im **Handelsblatt, 31. Januar 2025**

Der Artikel ist online **hier** zu finden.

„Müssen uns umstellen, damit die energieintensive Industrie nicht abwandert“

Franziska Holz

Frau Holz, woran hakt es bislang beim Wasserstoff-Ausbau?

Franziska Holz: An den vielen Unsicherheiten, die es den Unternehmen schwer machen, Investitionsentscheidungen zu treffen. Die Technologie ist noch teuer und muss weiterentwickelt werden. Auch die gesamte Infrastruktur dahinter muss erst noch aufgebaut werden. Es gibt etwa kein Netz, mit dem der Wasserstoff nach Deutschland kommen und anschließend verteilt werden kann. Es gibt zwar das Bekenntnis und konkrete Planungen zum Wasserstoff-Kernnetz, das das Grundgerüst an Leitungen in Deutschland sein soll. Die Abnehmer sind aber noch sehr unsicher, ob sie ihre Anlagen für viel Geld schon auf Wasserstoff umrüsten sollen, wenn sie noch gar nicht wissen, wann und ob sie künftig genügend davon geliefert bekommen.

Wie sieht es bei den Energiekonzernen aus?

Holz: Auch die überlegen, ob sie bereits viel Wasserstoff hierzulande per Elektrolyse produzieren sollen, wenn noch gar nicht klar ist, ob die Abnehmer bereit sind. Oft können sie außerdem die notwendigen Investitionen gar nicht tätigen.

Franziska Holz ist stellvertretende Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin.
Interview in der **Welt**, **14. April 2025**

Das vollständige Interview ist **hier** zu finden.

„Es muss bezahlbar bleiben“

Stefan Bach

Herr Bach, die Debatte um die Stromsteuer war sehr aufgeladen, obwohl die Entlastung für Haushalte nur gering war. Liegt die Aufregung an der angespannten finanziellen Lage vieler Haushalte?

Stefan Bach: Wir haben seit 2019 kaum noch Wirtschaftswachstum. Daher sind die Einkommen real kaum gestiegen und bei Geringverdienern durch die Inflation eher gesunken. Im Wahlkampf hatte die Union der arbeitenden Mitte große Hoffnungen auf spürbare Entlastungen gemacht. Das war aber von vornherein unrealistisch, wenn zugleich Steuererhöhungen Tabu sein sollen. Hinzu kommen bestehende Haushaltslöcher sowie zusätzlich teure Wohltaten, die CSU und SPD bei Renten und Gastronomie durchgedrückt haben. Und die Unternehmen müssen dringend entlastet werden, da der Standort schwächelt, auch wenn davon erst mal nur die Reichen und Superreichen profitieren, die dann mehr investieren sollen – hoffentlich. Nach alldem ist der neuen Bundesregierung das Geld schon wieder ausgegangen – trotz Lockerung der Schuldenbremse und Anzapfen der Sondervermögen – Stichwort: Verschiebebahnhof.

Was wird da verschoben?

Bach: Bestehende Ausgabenprogramme werden in die Sondervermögen gepackt, so dass die höheren Schulden keine Investitionen oder Rüstungsausgaben finanzieren, sondern Haushaltslöcher stopfen und Steuersenkungen möglich machen. Die Schuldenbremse war ja bisher vor allem eine Steuersenkungsbremse. Die ist jetzt gelockert. Aber man will es auch nicht übertreiben mit dem Schuldenmachen, daher müssen eben weitere Versprechen im Koalitionsvertrag abgeräumt werden.

Stefan Bach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Staat im DIW Berlin.
Interview in der **Frankfurter Rundschau**, **25. Juli 2025**

Das vollständige Interview ist **hier** zu finden.

Impressum

Herausgeber

DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

Telefon +49 30 897 89 - 0
E-Mail kundenservice@diw.de
Internet www.diw.de

Fotonachweis: Sofern nicht anders angegeben DIW Berlin; S. 7 Jeremy Bishop, Unsplash, S. 11 Adobe Stock, Chris; S. 14 Adobe Stock, Elke Hötzel; S. 17 Adobe Stock, pusteflower9024; S. 22 Adobe Stock, StockPhotoPro; S. 24 Adobe Stock, GoodPics; S. 28 Adobe Stock, tong2530; S. 31 Adobe Stock, Stockfotos-MG; S. 35 Adobe Stock, lordn; S. 43 Pin Adventure Map, Unsplash; S. 47 Adobe Stock, Vladislav; S. 53 Adobe Stock, Stockfotos-MG; S. 55 Adobe Stock, vegefox.com; S. 66 Adobe Stock, scharfsinn86; S. 71 Adobe Stock, Photocreo Bednarek

© DIW Berlin, Dezember 2025

DIW BERLIN